



89 Zofinger Jubiläumsideen für die Schweiz
89 idées jubilaires de Zofingue pour la Suisse

200

JAHRE / ANS

SCHWEIZERISCHER ZOFINGERVEREIN

SOCIÉTÉ SUISSE DE ZOFINGUE

1819 – 2019



JAHRE / ANS

SCHWEIZERISCHER ZOFINGERVEREIN
SOCIÉTÉ SUISSE DE ZOFINGUE

1819 – 2019

89 ZOFINGER JUBILÄUMSIDEEN FÜR DIE SCHWEIZ 89 IDÉES JUBILAIRES DE ZOFINGUE POUR LA SUISSE

Vorwort

Die vorliegende Sammlung von Ideen für die Zukunft der Schweiz und des Schweizerischen Zofingervereins wurde aus Anlass des 200-jährigen Bestehens der Zofingia verfasst.

Die Ideen richten sich an die Zofingia und wollen eine Debatte in Gang setzen, die mit dem Podium vom 31. August anlässlich des Centralfestes eröffnet wird.

Die Ideen verkörpern persönliche Ansichten einzelner Mitglieder und verpflichten den Zofingerverein als Ganzes oder seine Sektionen in keiner Art und Weise.

Wir danken unseren Farbenbrüdern für diese wertvollen Gedankenanstösse. Sie zeigen die geistige Regheit unserer Mitglieder auch zweihundert Jahre nach unseren Gründungsvätern. Mögen uns diese Gedanken, verfasst unter der ersten Devise des Zofingervereins, weiterbringen! Vivat, crescat, floreat, Tobinia!

Mauro Mantovani v/o Na-Bucco, Initiant
Henry Twerenbold v/o Vakuum,
Centralfestmorpion

Avant-propos

Le recueil d'idées pour l'avenir de la Suisse et de la Société Suisse de Zofingue a été écrit à l'occasion du 200ème anniversaire de Zofingue.

Les idées sont adressées aux Zofingiens et veulent lancer un débat ouvert lors du podium du 31 août 2019, à l'occasion de la fête centrale.

Les idées reflètent les opinions personnelles des membres qui les ont écrites. Les idées ne reflètent pas le point de vue et n'obligent d'aucune manière que ce soit la Société suisse de Zofingue, dans son ensemble ou de ses sections.

Nous remercions nos frères de couleur pour ces précieuses idées.

Ils montrent également que deux cents ans après nos pères fondateurs, nos membres font toujours preuve de spiritualité. Puissent, ces pensées, écrites sous l'égide de la première devise de la Société Suisse de Zofingue, vous enrichir.

Vivat, crescat, floreat, Tobinia!

Mauro Mantovani v/o Na-Bucco, Initiateur
Henry Twerenbold v/o Vakuum,
Morpion fête centrale

APPELLE AN DIE ZOFINGIA APPELS À ZOFINGUE

1. Zofingia für Frauenförderung

Wir Zofinger werden ja immer wieder angefeindet, weil wir keine Frauen in unseren Bund aufnehmen. Die Zofingia könnte aktiv zur Gleichberechtigung von Mann und Frau beitragen, indem wir einen marktwirtschaftlichen Nachweis liefern, dass Teams mit hohen Frauen-Anteilen im Durchschnitt wirtschaftlich und unternehmerisch bessere Leistungen erbringen als reine Männer-Teams.

Konkret könnten wir Zofinger eine Bank – bspw. die UBS mit ihren vielen Zofingern – dazu bewegen, einen Diversity-ETF-Fonds zu lancieren, sprich einen Fonds der ausschließlich in jene MSCI-World-Firmen mit den 10% höchsten Frauenanteilen in der Geschäftsleitung und im Verwaltungsrat investiert. Der MSCI umfasst die 1'632 weltweit grössten kotierten Firmen. Unser Fonds wäre breit diversifiziert – er würde in die 163 Firmen mit den höchsten Frauenquoten investieren – und müsste, wenn die Theorie stimmt, mittel- bis längerfristig zwangsläufig höhere Renditen als der Standard MSCI-Index erwirtschaften.

Um der ganzen Idee zusätzlich mehr politisches Gewicht und/oder eine höhere Schlagkraft zu verleihen, könnten wir dem Bund empfehlen, dass bspw. 0.5% der Assets der Bundes-Pensionskasse Publica (sprich rund CHF 200 Mio.) in diesem frauenfreundlichen ETF angelegt werden. Wir Zofinger könnten dann ebenfalls rund 1% des Vermögens unseres Zentralvereins in dieses Finanzvehikel investieren.

Stefan Faes v/o Chicolino, AZ AG

2. Berufsübergreifende Verbindung Zofingia

Auch in Zukunft werden die Zofinger die Amicitia pflegen und zu diesem Zwecke essender- und trinkenderweise zusammenkommen. Dabei werden weiter gescheite und der Verbesserung der Welt dienende akademische Gespräche geführt. Just darunter leidet aber unsere Gesellschaft, dass mehr und mehr in geschlossenen Kreisen über Lösungen diskutiert wird.

Die Zofingia gehe mit gutem Beispiel voraus (wie sie das als liberale Bewegung des 19. Jh. getan

hat!) und öffne den Kreis, indem wir Akademiker mehr über die Hintergründe, resp. die Herkunft und Herstellungsbedingungen der Nahrungsmittel und Getränke erfahren. Zum Beispiel erzählen ein Bauer und ein Bäcker über die Herstellung des Brotes, wobei es nicht um das Fachwissen geht, sondern um die wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten dieses nichtakademischen Berufes. Oder es werden trans- oder subkulinarische Angaben gemacht, z.B. über die geografische Herkunft, die Produktionsbedingungen, die Wertschöpfung, die Ökologie der Produktion oder die geleisteten Transporte.

Auf diese Weise werden Brücken zwischen verschiedenen Berufen gebaut im Sinne der Devisen Patriae, Amicitiae, Litteris: Die Zofinger profilieren sich als Akademiker, die sich für andere Berufsleute und deren Probleme interessieren, indem sie sich informieren lassen und fragen (statt – wie das oft geschieht – belehren und „besser“ wissen). Der Genuss soll in Zukunft nicht geschmälert, sondern tiefergründiger werden.

Ueli Tobler v/o Josua, AZ BE

3. «Patriae» leben! Freiwilligenarbeit füllt Lücken, beweist Solidarität und ist bereichernd

In vielen Lebensbereichen bleiben tagtäglich Aufgaben zugunsten von Mensch und Umwelt unerfüllt, weil es hierfür an Geld und/oder Personal fehlt. Häufig geht dies auch zulasten von Menschen, die unverschuldet in eine Situation geraten sind, in welcher sie besonders auf Unterstützung angewiesen wären. Um diese Lücken zu füllen, engagieren sich zahllose Menschen (mehrheitlich noch immer Frauen) freiwillig im Umweltschutz, in der Betreuung von Betagten oder Menschen mit Beeinträchtigung, in der Kulturpflege, in der Jugendarbeit etc. Sie dienen damit selbstlos dem Gemeinwohl und beweisen Solidarität. Solidarität ist der Kitt unserer vielfältigen Gesellschaft – sie fördert den Zusammenhalt unserer Gemeinschaft, wirkt der Gefahr einer sozialen Spaltung entgegen und gewinnt mit Blick auf die Auswirkungen der demografischen Entwicklung an Bedeutung.

Zeigen wir uns deshalb solidarisch und setzen wir in Zukunft eine Stunde pro Woche für eine gemeinnützige Tätigkeit ein!

Zahlreiche Benevol-Programme bieten Einsatzmöglichkeiten an, welche neue Einblicke und bereichernde Erfahrungen vermitteln. Sie verschaffen auch die Befriedigung, unserem Land mit unserem persönlichen Einsatz sinnstiftend und nachhaltig einen Nutzen zu erbringen.
Hans-Ulrich Zürcher v/o Silo, AZ BE

4. Ein Zofingia-Award für zukunftsweisende Forschung

Um die komplexen politischen, sozialen, technologischen und ökologischen Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen, braucht die Schweiz neue Ideen und Lösungsansätze. Die Zofingia wiederum muss daran interessiert sein, als nationaler akademischer Verein bekannter zu werden und in der Öffentlichkeit ernst genommen zu werden.

Die Zofingia sollte eine Stiftung schaffen, die jährlich einen Preis verleiht an Studierende und Angehörige des akademischen Mittelbaus, die sich mit ihrer Forschung um die Lösung nationaler Probleme verdient gemacht haben. Dem Stiftungsrat sollten Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Forschung angehören, Frauen und Männer, Zofinger und Philister. Dieser Stiftungsrat würde jährlich neu eine Jury bestellen. Diese wiederum würde den durch Sponsoring aufzubringenden Preis (im Umfang von mindestens 10'000 CHF) dem Preisträger/der Preisträgerin zum Beispiel am Dies Academicus einer schweizerischen Hochschule feierlich überreichen.

Von einem solchen Zofingia Award würde die Schweiz indirekt profitieren, über die dadurch geförderte Forschung. Die Zofingia wiederum könnte sich über diesen Award öffentlich profilieren und für visionäre Junge attraktiver werden.

Martin F. Nussbaum v/o Zack, AZ BE

5. Zofingia gegen die politische Polarisierung

Die Exponenten der Parteien begegnen einander in den Räten und lernen einander kennen, manchmal sogar schätzen. Das Volk hingegen kennt zunehmend nur die eigenen Vorstellungen und setzt sich mit den anderen nur ungenügend auseinander.

Der Traditionsanlass Rütli bekomme einen Stiefbruder (dessen Name noch zu finden ist): Jedes Semester lädt jede Zofingersektion politische

Gegner (oder noch besser Freidenker, Bewegungen, Think-Tanks u. dgl.) zu einem öffentlichen, von der Sektion geleiteten Podium ein.

Durch einen solchen Anlass würde die Bildung gegensätzlicher Lager aufgebrochen. Die Anwesenden würden erkennen, dass man unterschiedlicher Auffassung sein kann, ohne ein Verräter oder Bösewicht zu sein. Populismus würde relativiert oder unterbunden, gutschweizerisches Vertrauen aufgebaut, wieder vermehrt gegenseitig respektiert und argumentiert.

Thomas Notter v/o Müntschi, AZ BE

6. Grundwissen über geistiges Eigentum

Bildung wird gerne als Rohstoff der Schweiz bezeichnet. Die Schweiz ist Weltspitze im Bereich Innovation und belegte im Jahr 2018 wiederholt den ersten Platz des Global Innovation Index sowie Platz 6 (hinter den USA, Deutschland, Japan, Frankreich und Kanada) im Nationenranking des Europäischen Patentamts bezüglich der Anzahl hinterlegter Patentanmeldungen.

Ein Basisverständnis zu Geistigem Eigentum (engl. intellectual property) ist fundamental, um kreative Ideen, Erfindungen und Schöpfungen rechtlich zu schützen und zu verwerten. Leider existiert im Allgemeinen bei der Bevölkerung der Schweiz kein oder höchstens ein minimales Grundwissen zu Immaterialgüterrecht.

Es wäre erstrebenswert, wenn in den technischen und naturwissenschaftlichen Lehrgängen der Universitäten im Grundstudium oder eventuell sogar bereits im Biologie-, Chemie- und Physikunterricht an Gymnasien ein zumindest rudimentäres Grundwissen zu Geistigem Eigentum vermittelt wird, d.h. zu Geheimhaltung, Patentrecht, Designrecht, Markenrecht, Urheberrecht als auch Open Innovation. Die Zofingia sollte dahingehend Einfluss nehmen, dass diese Thematik zum Pflichtstoff für angehende Naturwissenschaftler und Ingenieure wird und Eingang in die Lehrpläne findet.

Kreativität, Erfindergeist und der Mut eigene Ideen zu verwirklichen mögen schweizerische und zofingerische Tugenden sein. Allerdings muss Innovation auch angemessen geschützt werden um kommerzialisiert werden zu können. Eine vertiefte Allgemeinbildung im Bereich geistiges Eigentum würde die Innovationskraft der Schweiz stärken

und ihren Spitzenplatz festigen.
Thomas Haefele Racin v/o Imperialer Sturmtrupp,
AZ BL

DEMOKRATIE UND FÖDERALISMUS DÉMOCRATIE ET FÉDÉRALISME

7. Valoriser la responsabilité individuelle

Actuellement, dans les pays occidentaux, les valeurs individualistes priment celles favorisant les groupes institutionnels (famille, communauté, clubs sociaux, sociétés culturelles ou patriotiques) ou politiques (dans le sens premier du terme: pompiers, commune, ville, pays). Sans modèle sociétal, une partie de la population est en manque de points de repère. Les individus doivent désormais décider et assumer des choix de comportement et de vie, dont la réponse était auparavant fournie par le groupe social. Cette nécessité de prise de décision individuelle engendre crainte, angoisse et confusion. En conséquence, des gens se tournent vers des structures religieuses ou politiques extrémistes, prêts à échanger leur liberté individuelle et leur part de responsabilité qui en découle contre une certaine tranquillité d'esprit, apparente mais immédiate. Ce qui peut mener à la fin d'un régime démocratique.

Tout au long de la scolarisation obligatoire, promouvoir la notion que la liberté individuelle est inséparable de la responsabilité individuelle.

Le «droit» à la liberté ne saurait exister sans le «devoir» de responsabilité vis-à-vis de la société et de chacun de ses membres. Mais ce devoir implique aussi celui d'être un acteur critique du corps social dans lequel on vit et d'œuvrer à son amélioration dans le respect des règles démocratiques. Une population dont les membres sont conscients de leur responsabilité individuelle pour assurer la bonne marche de la société où ils vivent, offrira moins de prise aux utopies. Elle saura se défendre démocratiquement aussi bien contre l'emprise d'un Etat-providence que de celle d'une idéologie totalitaire.
Etienne Olivet v/o Taupe, VZ GE

8. Démocratie directe

La démocratie directe est aujourd'hui menacée par la multiplication d'initiatives contraires aux droits fondamentaux et au droit international public, que le parlement, appelé à se prononcer

sur leur recevabilité, n'a pas le courage d'invalider, de peur de déplaire au peuple. Or, il n'y a pas de pire moyen pour saper la confiance du peuple dans ses institutions que de l'appeler à voter sur des initiatives qui, lorsqu'elles sont acceptées, ne peuvent pas être concrétisées, car contraires au droit supérieur. Trop de démocratie directe tue la démocratie directe. La plupart des initiatives populaires sont lancées par la société civile et non par les partis politiques.

L'attribution de la compétence au Tribunal fédéral pour statuer sur la recevabilité des initiatives populaires avant leur traitement par les Chambres fédérales garantirait l'indépendance de toute considération politique et de tout dogmatisme partisan.

La démocratie directe n'est pas un système plébiscitaire et le peuple n'a pas tous les pouvoirs, contrairement à la thèse propagée par les populistes. Lorsqu'il se prononce sur une initiative populaire, le peuple doit respecter les droits fondamentaux et le droit international public, comme devraient le faire les autorités élues.

Bernard Ziegler v/o Nounours, VZ GE

9. Erhöhung der Unterschriftenzahl bei Volksinitiativen

Seit der letzten Erhöhung der benötigten Unterschriften für eine Volksinitiative im Jahr 1971, ist die Schweizer Stimmbevölkerung um 65% Prozent gewachsen.

Die Anzahl benötigter Unterschriften für Volksinitiativen sollte erhöht werden.

Nutzen der Idee (positiv formuliert): Durch eine Erhöhung der für eine Volksinitiative benötigten Unterschriftenanzahl, wären die Proportionen zwischen der Anzahl Wahlberechtigter und benötigter Unterschriftenanzahl wieder annäherungsweise hergestellt.

Patric Naville v/o Passe-par-toutes, Aktiv SG

10. Augmenter le nombre de signature pour référendum et initiative

Le peuple suisse est trop souvent confronté à des initiatives et des référendums sans queues ni têtes.

Le nombre de signatures tant pour le référendum que pour l'initiative doit être augmentés!

En augmentant le nombre de signatures pour le référendum et l'initiative, le peuple suisse sera en mesure de déterminer les grands axes de la politique suisse, plutôt que de se substituer inutilement au législateur.

Sébastien Oreiller v/o Polochon, Actif GE

11. Démocratie directe

Les résultats des dernières votations en matière d'initiatives et/ou de référendum ont trop souvent démontré que la politique divise notre population et que la décision est arrachée à une majorité de quelques pourcents des suffrages exprimés. De ce fait, une minorité de la population des citoyennes et citoyens inscrits emporte ultimement la décision. Quand il s'agit de sujets aussi importants que, par exemple, nos relations avec l'UE, l'adage Vox populi, vox Dei perd de sa pertinence, même si la tendance au populisme pourrait faire croire à son bien-fondé. Il est nécessaire d'adapter les règles du jeu démocratique.

Une reprise de discussion au sein de l'Assemblée fédérale doit intervenir en vue de l'adoption d'une nouvelle norme constitutionnelle. Cette norme doit stipuler qu'une majorité des électrices et électeurs inscrits et que la majorité des cantons soient requises dans tout type de votation fédérale.

De cette manière, la décision reflèterait véritablement la volonté du Souverain. L'objectif est de placer nos concitoyennes et concitoyens face à leurs responsabilités en cas d'enjeu fondamental, à moyen et long terme, pour l'avenir du pays. L'exemple navrant du Brexit au Royaume Uni devrait servir de sonnette d'alarme.

Philippe A. F. Neeser v/o Doublure, VZ GE

12. Introduire le fédéralisme différencié

La Confédération voit le nombre de ses compétences croître sans arrêt. En conséquence, les cantons voient sans cesse leur souveraineté être rognée. L'existence des cantons n'a pourtant de sens que s'ils sont dotés de compétences réelles, exercées effectivement. Sans Cantons, la Confédération perdrait sa fonction de garante de leurs libertés et de leurs spécificités. Protéger les souverainetés cantonales est dans l'ADN (Acide désoxyribonucléique) de la Confédération suisse. Centraliser est dangereux. Cela exacerbe les tensions entre régions linguistiques, cantons-villes et

cantons campagnards, cantons alpins et cantons de plateau.

La logique fédéraliste doit être poussée jusqu'au bout. Admettons les différences entre Cantons comme constitutives de la Confédération. Il est vrai que certains cantons sont plus aptes que d'autres à exercer certaines compétences: par leur taille, leur géographie, leur mentalité. Vaud pourrait par exemple mener son propre aménagement du territoire. Le Valais sa propre politique de gestion des chemins pédestres.

On doit dès lors introduire le fédéralisme différencié: Un canton doit pouvoir demander de se faire restituer une compétence par la Confédération. Cette restitution serait soumise au vote du Peuple et des Cantons.

Si ces derniers acceptaient la restitution, le Canton serait alors libre d'exercer sa nouvelle compétence... restituée. La Confédération gagnerait en stabilité. Les rapports de forces interrégionaux et intercantonaux seraient apaisés.

Félien Monnier, VZ VD

GESUNDHEITSWESEN UND SPORT SYSTÈME DE SANTÉ ET SPORT

13. Formation continue des médecins

En médecine, la formation continue est organisée par les sociétés cantonales, en conformité avec l'Institut suisse pour la formation médicale (ISFM). Les médecins sont tenus, mais non obligés, de l'accomplir sur la base de crédits (1 crédit = 1 heure) ; 50 par an doivent être attestés à la suite de colloques, congrès et séminaires. L'envoi d'une liste leur permet de recevoir une attestation valable trois ans. Mais le système est lourd en termes d'heures de consultation sacrifiées et de coûts lors de déplacements à l'étranger (sociétés internationales) ; surtout, il ne garantit pas vraiment la qualité de la formation.

Rendre obligatoire une formation médicale continue sous la forme d'une auto-évaluation annuelle « on-line ».

Chaque médecin dispose de son accès personnel et confidentiel, accessible sur le site de la FMH. Il répond quand il veut, où il veut et au rythme qu'il veut, à environ 250 questions à choix multiples (situations cliniques, diagnostics, théra-

pies, etc.). Au terme du questionnaire, il reçoit confidentiellement son score d'évaluation ainsi que des indications sur les points à améliorer. Si le score reste insuffisant trois années de suite, un avertissement intervient, communiqué à l'association médicale du canton où il exerce.
Georges Ryser, VZ GE

14. Förderung von Allgemeinmedizinern

Die medizinische Grundversorgung leidet in der ganzen Schweiz. Derzeit steuert die Schweiz auf einen starken Mangel an Allgemeinmedizinern zu. Bereits jetzt hat es in ländlichen Gebieten immer weniger Grundversorger. Die Qualität der Behandlungen nimmt immer mehr ab. Der Beruf des Allgemeinmediziners muss attraktiver gestaltet werden.

Eine Begrenzung der medizinischen Ausbildungsplätze sollte nur für spezialisierte Medizinberufe gelten. Ausserdem sollten Gruppenpraxen und Permanenzen gefördert werden!

Dadurch würden die Spitäler entlastet, die Bevölkerung besser versorgt und die Gesundheitskosten gesenkt, da weniger unnötige Untersuchungen durchgeführt würden.

Marius Bovet v/o Rabenschnabel, Aktiv ZH

15. Gestione dei costi della salute in Svizzera

Le prestazioni erogate dal sistema sanitario pubblico-privato svizzero (ospedali, specialisti, ambulatori, farmacisti...) sono in continuo miglioramento sul piano qualitativo e quantitativo. Il loro costo annuo, ca. 80-90 mrd di frs, è composto per oltre l'80% da stipendi e salari; altra caratteristica è data dal fatto che queste risorse e relative strutture sono gestite in 26 cantoni.

L'aumento dei costi della salute sarà perciò inevitabile, spinto anche da un "gap" di personale e formativo a tutti i livelli del sistema.

Questi costi, destinati ad aumentare, potrebbero però essere meglio gestiti se si disponesse, a livello nazionale, di una completa informatizzazione delle capacità disponibili e della loro effettiva utilizzazione. Questo sistema potrebbe essere gestito da un organo federale o intercantonale.

Le autorità cantonali (26) potrebbero, con questo strumento centrale, razionalizzare la loro spesa: evitando espansioni là dove, a relativa prossimità,

vi sono sotto utilizzazioni; delegare certe funzioni amministrative che, centralizzate, permetterebbero risparmi notevoli; gestire strutture e/o apparecchiature sanitarie multi-cantonali; adottare nel Cantone le procedure più efficaci usate in altri.
Mirko Guglielmetti, VZ TI

16. Coûts de la santé et variation des quotes-parts

Le système de santé suisse est l'un des plus chers du monde ; le surenchérissement des primes d'assurances maladies ampute toujours plus le revenu des ménages. Alors que le parlement vient de refuser l'augmentation des franchises dans une tentative de freiner les coûts de la santé, il faut introduire d'autres mesures pour stabiliser le montant des primes.

Maintenir les primes maladies à leur niveau actuel sans rationner l'accès au médecin, mais en donnant des pourcentages de remboursement autre que les 10% de quote-part pour les autres prestations médicales couverte par la LaMal (Loi de l'assurance de la Maladie).

Chaque assurance devrait baisser ses charges en conséquence, et jouer différemment sur les pourcentages, à sa charge, des prestations prescrites par le médecin – médicaments, physiothérapie, psychothérapie, examens de laboratoire, etc.

Les quotes-parts pourraient passer de 20% à 50%, voire être dégressives selon leurs nombres et varier non seulement d'année en année, mais d'une assurance à l'autre. Cela inciterait à une concurrence entre les caisses maladies et à un véritable choix pour les assurés. Cela conduirait également à responsabiliser davantage médecins et patients.

Georges Ryser, VZ GE

17. Staatliche Anreize für eine gesunde Ernährung

Of sind ungesunde Nahrungsmittel günstiger als gesunde, wie beispielsweise bei Weissbrot im Vergleich zu Vollkorn-Brot.

Der Staat sollte Anreize für eine gesunde Ernährung setzen, beispielsweise mit einer Besteuerung auf nährstoffarmem Brot!

So könnte sichergestellt werden, dass eine Mehrheit der Bevölkerung zur gesünderen Alternative

greift, mit positiven Auswirkungen auf die Heilungskosten im Gesundheitswesen.

Fabio Sandmeier v/o Fahrtwend, AZ AG, LU

18. Legalisierung und Besteuerung von Cannabis

Die AHV ist bekanntermassen überlastet.

Cannabis sollte, analog zu Alkohol und Tabak, legalisiert und besteuert werden!

Die Einnahmen könnten in Erziehung und Prävention einerseits, in die AHV-Sanierung andererseits fließen. Durch die Legalisierung von THC-haltigem Cannabis wäre es möglich, aktiv den Markt zu regulieren und durch die Besteuerung könnte mehr Geld in die Aufklärung bezüglich der Risiken sowie des Konsums investiert werden. Das überschüssige Geld könnte direkt in die AHV-Sanierung fließen.

Yaneck Greber v/o Oszillo, Aktiv ZH

19. Fiskalische Anreize zur Förderung der Gesundheit

Wer sich bewegt, ist nachweislich weniger krank ist und verursacht somit weniger Gesundheitskosten. Deshalb zählt jeder Schritt und hilft Steuern zu sparen.

Wer nachweist, dass er täglich im Durchschnitt 10'000 Schritte macht, sollte in den Genuss einer Steuerreduktion von 100 Fr. pro Jahr kommen. Er würde so mit jedem Schritt 0.027 Rappen verdienen. Bei 5 Millionen Steuerzahlern ergäbe dies Steuerausfälle in der Höhe von rund 500 Mio. Fr.

Damit könnte die Schweiz die Gesundheit ihrer Bevölkerung erhöhen und gleichzeitig ein gesundheitspolitisches Signal setzen, das weltweit beachtet würde.

Thomas Sommerhader v/o Kompass, AZ AG

20. Überprüfung der Vorschriften des Bundesamtes für Gesundheit

Jedes Jahr steigen die Kosten im Gesundheitsbereich und immer wird auf die bösen Ärzte, die raffgierigen Pharmariesen und auf die konsumfreudigen Patienten gezeigt, nie jedoch auf die z.T. überbordenden und völlig übertriebenen Vorgaben durch das Bundesamt für Gesundheit (BAG): So müssen Hausarztpraxen annähernd ähnliche Vorgaben hinsichtlich Sterilisation erfül-

len wie grosse Spitäler.

Die Verordnungen und Reglemente des BAG sollten durch eine Expertengruppe (inkl. involvierte Praktiker, nicht nur akademische Theoretiker) auf ihre Effektivität und ihr Kosten-Nutzen-Verhältnis hin überprüft und allenfalls geändert werden.

Urs Kremer v/o Doe-de-Deur-Dicht, AZ BE

21. Olympische Winterspiele 2030 in der Schweiz!

In den letzten Jahren scheiterten immer wieder schweizerische Wintersportdestinationen mit ihren Bewerbungen um die Austragung Olympischer Winterspiele daran, dass die Bevölkerung die Kosten für den Bau von Stadien und Wettkampfstätten für zu hoch ansah und/oder deren nachhaltige Nutzung nicht gesichert erschien. Die Olympischen Winterspiele (15 Disziplinen in 7 Sportarten) sind eigentlich 7 Weltmeisterschaften, welche gleichzeitig stattfinden. In allen Sportarten besitzt die Schweiz Erfahrungen in der Durchführung u.a. von Weltmeisterschaften und verfügt über die entsprechenden Austragungstätten.

Eine schweizerische Kandidatur unter dem Motto: „Die günstigsten und nachhaltigsten Spiele aller Zeiten“ sollte im Kern dezentral ausgerichtet sein und könnte z.B. beinhalten: Ski Alpin Herren am Lauberhorn und in Adelboden, Ski Alpin Frauen auf der Lenzerheide, Eishockey in Zürich und Lausanne, Langlauf und Biathlon in Davos oder/und Goms, Eiskanaldisziplinen in St Moritz, Skisprung in Einsiedeln, Ski und Snowboard in Laax und Verbier, Curling in Genf, Eiskunstlauf in Bern, Eisschnelllauf auf dem Letzigrund, Shorttrack in einer beliebigen Eishalle in der Schweiz und die Schlussfeier in Bern oder Basel. Auch das olympische Dorf könnte dezentral errichtet und die Einrichtungen anschliessend weiter genutzt werden, sei es für Asylunterkünfte, Kinderkrippen oder Sozialwohnungen.

Die Erfolgsaussichten einer solchen Kandidatur wären höher, weil die Kosten schweizweit verteilt anfallen würden und verschiedene Regionen profitieren würden – sei es direkt von der Durchführung der Wettkämpfe (ohne Gigantismus!), sei es von der weiterhin nutzbaren Infrastruktur, auch im Hinblick auf eine Wiederholung solcher Spiele. Oleg Radan, v/o Headbanger, AZ ZH

ALTERSVORSORGE PRÉVOYANCE VIEILLESSE

22. Die AHV langfristig auf gesunde Beine stellen

An der AHV wird seit Jahren „herumgedoktert“, wobei das Sozialwerk je länger je mehr in finanzielle Schieflage gerät. Leider betreibt hier die Politik keine weitsichtige Arbeit, sondern partei- und wahlpolitische Klientelpolitik. Um die AHV kurzfristig über Wasser zu halten, werden sogar bedenkliche, undemokratische „Kompromisse“, bzw. sachfremd verknüpfte Themen in Volksabstimmungen geschickt, in der Hoffnung, dass man sich so für ein paar Jahre, d.h. bis nach den nächsten Wahlen, eine Verschnaufpause erheischt. Der „grosse Wurf“ aber bleibt aus.

Das AHV-Alter sollte für alle auf 67 Jahre angehoben werden, ohne weitere Diskussionen, «Deals» oder irgendwelche Zückerchen. Zudem sollte die Höhe der Rentenauszahlung dem Lebenskostenniveau des jeweiligen Wohnsitzland des AHV-Bezügers angepasst werden, wobei das Schweizer Niveau die absolute Obergrenze darstellt.

Dies ist ein ökonomisches Gebot der Stunde und im Zuge der angestrebten «Gleichberechtigung» nur opportun. Da die Einwohner der Schweiz immer älter werden, kann bei gleicher Arbeitsleistung nicht mehr Rente ausbezahlt werden. Logischerweise muss darum das Erwerbsleben, d.h. die AHV-Beitragsdauer, verlängert werden. Zudem profitiert die AHV von Altersmigranten, die ihren Lebensabend in südlichen bzw. günstigeren Ländern verbringen. Dies wäre weiterhin vollumfänglich möglich, aber eben auch zum Vorteil der AHV. Zudem muss hier weiter darauf bestanden werden, dass die AHV nur eine der drei Säulen ist – die AHV-Rente sichert den bisherigen Lebensstandard nur zu einem Teil; wichtig sind auch die 2. und 3. Säule, denn durch sie wird die Eigenverantwortung gestärkt.

Oliver Kühn v/o Block-Schock, AZ FR

23. Revision der Vorsorgepolitik

Geburtenstarke Jahrgänge gehen bald in Rente. Die AHV steckt bereits in massiven Finanzierungsproblemen. Die AHV-Renten werden als Vorschuss behandelt.

Im Todesfall sollten ausbezahlte Renten dem Erb-

substrat entnommen werden!

Dadurch würde eine Umverteilung stattfinden und unser Vorsorgesystem würde entlastet.

Bierfamilie Schlössli, c/o Flavio Tschopp v/o Zlivi-
vara, Aktiv und AZ SG

24. Erhalt einer wirkungsvollen Altersvorsorge

Aufgrund der alternden Bevölkerung und der tiefen Zinsen droht unserer Altersvorsorge ein wesentlicher Leistungsabbau. Zudem werden Rentner bereits heute durch die arbeitende Bevölkerung quersubventioniert; diese Quersubventionierung ist nicht zweckmässig und droht weiter zuzunehmen.

Die Aktienquote für Vorsorgevermögen sollte von 50% auf 70% erhöht werden.

Die einschlägigen Reglemente sollen angepasst werden. In der Altersvorsorge (z.B. bei Pensionskassen) sollen Anlagen über einen langen Zeithorizont gemacht werden. Denn Aktien erwirtschaften langfristig die höchsten Renditen. Mit der Erhöhung der Aktienquote wird es möglich sein, die durchschnittlichen Renditen der Vorsorgevermögen um mindestens 1% p.a. zu steigern. Damit kann ein höherer Leistungsstandard erhalten sowie die Quersubventionierung eliminiert werden.

Matthias Hug v/o Salpinx, AZ ZH

25. Financement des fonds de pension face à 22% d'une vie à la retraite

Avec 22% d'une vie à la retraite précédée d'une vie active trop limitée, il est devenu impossible de financer le fonds de pension ; avec les progrès de la médecine, la situation va s'aggraver. Les politiciens posent de fausses questions sur l'adaptation des primes ou du taux de conversion. Il n'y a qu'un choix possible : celui de diminuer sa future pension, ou de travailler en proportion de la durée de sa vie. Un âge de retraite fut adopté après la Deuxième Guerre Mondiale quand l'espérance de vie était de 65 ans en moyenne ; si l'on avait maintenu la même règle, la retraite interviendrait à 82 ans. En tenant compte du progrès social, une durée de vie de retraite de 15% nous amènerait à 70 ans.

Il est impératif pour la solidité des fonds de pension de fixer un âge pivot de retraite en proportion

de la durée de vie active.

Un âge pivot basé sur la durée du travail permettrait de pondérer l'analyse traditionnelle. Il devrait être adapté soit volontairement avec des ajustements selon un calcul actuariel, soit par un règlement professionnel – notamment dans les métiers particulièrement durs, où une adaptation des conditions de travail après un certain âge n'est pas possible. Le projet fédéral « Prévoyance vieillesse 2020 », rejeté par votation populaire le 24 septembre 2017, devrait être repris sous cet angle par les Commissions puis les Chambres.

Frédéric Weber v/o Cancan, VZ GE

26. Rente mit Gemeindienst verbinden!

Wegen der immer höheren Lebenserwartung und tiefer Geburtenzahlen sowie Limiten bei der Zuwanderung verändert sich die Alterspyramide in der Schweiz. Als Folge davon geraten die 1. und 2. Säule der Altersvorsorge in Schieflage. Die jüngere Generation finanzierte bis anhin einen Teil des Ruhestands der älteren Generation, weil sie daran glaubte, dass auch sie selbst dereinst von der nächsten Generation finanziert würde. Dieser Glaube kommt immer mehr abhanden, was den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährdet. Die zweite Folge der veränderten Alterspyramide ist der zunehmende Fachkräftemangel, was die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Schweiz bedroht und gleichzeitig wiederum das Fundament der Sozialleistungen, also auch der Altersvorsorge, untergräbt.

Ebenso wie die Jungen (Männer) mit dem Militär- bzw. Zivildienst zu einer Leistung am Gemeinwesen verpflichtet werden, sollten Pensionierte einen ihrer Eignung entsprechenden «Zofingia-Dienst» (also «Zofis» statt «Zivis») leisten, soweit sie körperlich/psychisch dazu in der Lage sind. Konkret: ein Jahr Gemeindienst, zu leisten am Stück oder in Teilen im Alter zwischen 65 und 75. Wer den «Zofingia-Dienst» nicht leisten will, verliert einen Teil seines Anspruchs auf die Altersrente.

Denn ein Weg, um den Fachkräftemangel zu beheben, ist die verstärkte Einbindung von Müttern (und Vätern) ins Berufsleben. Voraussetzung dazu ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, also das Schaffen von zahlbaren Tagesstrukturen für Kinder. Zur Betreuung dieser Tagesstrukturen braucht es Fachkräfte, aber v.a. auch

unterstützende Personen. Unter anderem diese Rolle könnten Zofis übernehmen. Damit erhalten die meist noch topfiten Älteren eine sinnstiftende Aufgabe und in der Gemeinschaft jene Rolle zurück, die sie zu Gotthelfs Zeiten noch hatten: sich um den Nachwuchs zu kümmern, damit die Jüngeren für Nahrung, Haus und Hof besorgt sein konnten. Auf diese Weise schaffen wir einen nachhaltigen Ausgleich zwischen den Generationen, um den gesellschaftlichen Frieden zu bewahren.

Urs Schmid v/o Cäsar, AZ AG, ZH

NATIONALE KOHÄSION COHÉSION NATIONALE

27. Austauschprogramme für Stadt und Land

Stadt und Land ticken anders: Viele Abstimmungen und politische Entscheidungen in der Schweiz zeigen, dass sich ein Graben Stadt-Land aufgetan hat und oft die Interessen auseinanderklaffen. Unterschiede im öffentlichen Verkehr, die unheilsame Zentralisierung der Ämter, Zusammenlegungen im Gesundheits- und Schulwesen, eine Ausdünnung der Peripherie im öffentlichen Verkehr, Raumplanungs- und Bauvorschriften auf Kosten der ländlichen Gebiete sind an der wachsenden Gegensätzlichkeit schuld. Liegt es nicht am fehlenden Willen und Verständnis urbaner und ländlicher Bewohner, den andern und das Allgemeinwohl zu verstehen?

Der persönliche Austausch in Schul-, Ausbildungs- und Studienjahren könnte das gegenseitige Verständnis fördern: «Landpraktika für Städter» und «Städteaufenthalte für jugendliche Landbewohner» helfen, gegenseitig Verständnis zu schenken und Fehlentwicklungen zu erkennen.

Wachsende Gegensätze der urbanen Agglomerationen und ausgedünnte Landregionen verändern den Charakter der Eidgenossenschaft. Dagegen eine Initiative zu entwickeln, wäre wertvoll!

Rolf Steiger v/o Twin, AZ BE

28. Lehr- und Wanderjahre innerhalb der Schweiz

Die Schweizer leben ihre Vielsprachigkeit nicht mehr und kommunizieren untereinander nur noch in der „Nicht-Landessprache“ Englisch; zudem gehen viele Kantone den Weg des geringsten Widerstandes und lassen ihre Schüler gleich nur noch Englisch lernen statt einer anderen Landessprache.

Die «Lehr- und Wanderjahre» mögen wieder auferstehen, kombiniert mit dem Vertiefen einer (Landes-)Fremdsprache! Konkret sollte jeder Gymnasiast und Lehrling mindestens drei Monate im (Schüler-)Austausch in der Romandie, dem Tessin (oder im Gegenzug in der Deutschschweiz), oder aber in unseren Nachbarländern im gegenseitigen Austausch – ein Jugendlicher geht hin, einer kommt her – seine Sozial- und Sprachkenntnisse verbessern.

Dadurch würde der Zusammenhalt innerhalb der Schweiz gestärkt und einer der grössten natürlichen Vorteile der Schweizer gegenüber anderen Ländern gefördert. Denn Sprachen sind das Tor zur Welt und gelebte Kommunikation ist das A und O einer funktionierenden Gesellschaft!

Oliver Kühn v/o Block-Schock, AZ FR

29. Cohésion nationale et linguistique

Actuellement, l'instruction publique demeure de la compétence des cantons. Nous avons encore et toujours 26 systèmes scolaires, 26 calendriers scolaires et 26 manières de former nos enseignants. HarmoS est un instrument auquel tous les cantons n'ont pas adhéré. Nous nous trouvons donc dans une situation hypocrite : d'un côté, on admet l'idée selon laquelle il faut une harmonisation scolaire, de l'autre on ne veut surtout pas heurter la susceptibilité des cantons qui y voient la dernière politique publique dans laquelle ils seraient souverains.

Il s'agit d'inscrire dans la constitution fédérale une compétence limitée aux principes en faveur de la Confédération en matière d'instruction publique et d'adopter une loi fédérale qui fixe les grands axes (loi-cadre) qui s'appliqueraient dans toute la Suisse.

Les cantons resteraient souverains dans la manière de mettre en œuvre ces principes et ces axes. L'objectif de cette harmonisation est de renforcer la cohésion nationale, en particulier sur le plan linguistique. Une telle réforme favoriserait la libre circulation intercantonale des jeunes Suisses et améliorerait leur maîtrise des langues nationales. En effet, il est inadmissible que des Suisses issus de régions linguistiques différentes se parlent de plus en plus en anglais!

Murat Julian Alder v/o Süss-Mique, VZ GE

30. Kulturelle Kohäsion

Der kulturelle Zusammenhalt der Schweiz sollte aktiv gestärkt werden, «Man muss einander kennen». In den Nullerjahren war der Hype, ein Auslandsjahr in den USA zu machen. In den 2010er Jahren flogen alle nach Asien oder Südamerika. Die Zukunft gehört «Back to the roots»! Wir brauchen ein gut organisiertes Programm, das den Austausch zwischen deutscher und romanischer Schweiz zeitgemäss möglich macht. Dafür soll zum Beispiel das Erasmus-Programm als Benchmark dienen und in Sachen Organisation und Attraktivität übertroffen werden.

Die Schweiz sollte sich als Sprachzentrum der Welt etablieren und vermarkten.

Auf der ganzen Welt werden wir respektiert und anerkannt für unsere Sprachgewandtheit. Daraus schöpfen wir aber kaum Vorteile. Gleichzeitig gehen die Umsätze von TOEFL und Cambridge für Zertifikate durch die Decke. Ansätze könnten zertifizierte Sprachschulen sein, eine Positionierung der Schweizer Arbeitskräfte auf der USP der Sprachkompetenz, eine aktive Förderung der Sprachvielfalt oder das Anstossen von damit verbundenen Start-ups und Dienstleistungsunternehmen.

Michael Sandmeier v/o Vollgas, AZ AG

31. Promozione della lingua italiana in Svizzera

La Svizzera secondo la Costituzione Federale (art. 4) ha quattro lingue nazionali e sulla base della legge sulle lingue del 2007 tre lingue ufficiali. Secondo la Delegata federale al plurilinguismo, «l'amministrazione federale favorisce la coesione nazionale investendo nel capitale linguistico il suo personale e valorizzando quello di tutte le entità territoriali». Di conseguenza a livello della Confederazione tutto sembrerebbe funzionare perfettamente in particolare nella difesa delle minoranze linguistiche, anche se con la presenza di una forte colonia di origine italiana, oltre un milione di persone di residenti parla e comprende l'italiano. La realtà è un po' diversa sulla base di diverse considerazioni: sovente un parlamentare ticinese a Berna deve esprimersi in un'altra lingua per meglio farsi capire e convincere, spesso i nostri amici Confederati con residenze secondarie in Ticino dimostrano poco rispetto per gli usi e

costumi locali, nel registro MedReg i nostri medici sono iscritti d'ufficio con lingua madre tedesca o francese a seconda del luogo dei loro studi ...

L'idea è quella di un maggiore riconoscimento di fatto della lingua italiana in Svizzera.

Sarebbe necessario insistere sulla conoscenza delle lingue ufficiali nella formazione scolastica oltre Gottardo: i Ticinesi che hanno conseguito la maturità sanno di aver dovuto sostenere gli esami in quattro lingue obbligatorie. Difficile ottenere la reciprocità in tutti i Cantoni, ma almeno l'esigenza di migliori conoscenze linguistiche nelle lingue ufficiali dovrebbe essere richiesta nell'interesse di una migliore comprensione e a profitto della coesione nazionale.

Giuliano Rivola v/o Hermes, VZ TI, GE;

BILDUNGSPOLITIK POLITIQUE ÉDUCATIVE

32. Promotionshoheit im Schulsystem

Im Schweizer Schulsystem herrscht die Meinung und Praxis vor, dass die Schule bzw. Schulstufe, welche unterrichtet, nach dem Leitsatz «Wer lehrt, der prüft» auch die entsprechenden Abschlussprüfungen durchzuführen hat und damit bestimmen darf, wer für die weiterführende Schulstufe qualifiziert bzw. nicht qualifiziert ist. Dies führt dazu, dass Schüler aus unterschiedlichen Schulen sehr unterschiedliche Wissensbreiten und Wissenstiefen mitbringen, je nach Gusto der Lehrperson eben, obwohl die Lehrpläne schweizweit vereinheitlicht wurden bzw. werden (Lehrplan 21, HARMOS).

Die weiterführende Schule kann sich damit aber nicht darauf verlassen, dass die Promovierten dasselbe Wissen mitbringen, was zu Mehraufwand bei Lehrkräften und zu Frustrationen Schülern führt und unnötige Mehrkosten verursacht

Über die Promotion einen Schüler sollte ab Stufe Gymnasium/Kantonsschule die weiterführende Schule entscheiden. Dazu werden Aufnahmeprüfungen durchgeführt. Vorschlagsnoten werden maximal zur Hälfte mitberücksichtigt.

Die vorgeschlagene Promotionshoheit bringt Vorteile in vielerlei Hinsicht: Die Wissensbreite und Wissenstiefe bei Schulen, Schülern und Lehrkräften würde verbreitert; die Lehrqualität von

Schulen und von Lehrpersonen würde langfristig vergleichbar; durch die Vermeidung von ungerechtfertigten Promotionen würden Kosten eingespart und bei den Betroffenen falsche Hoffnungen vermieden.

Marcel Braungardt v/o Drum, AZ AG

33. Selbständiges, angewandtes Arbeiten

Es wird gerne kolportiert, der einzige Rohstoff der Schweiz seien die gebildeten und innovativen Köpfe. Die technischen Fachhochschulen – sie sind hier in erster Linie gemeint – stehen für praxisbezogene und zukunftsgerichtete Ingenieurausbildung. Im Zuge der europaweiten Harmonisierung der Studiengänge, der Bologna-Reform, fand jedoch eine Rationalisierung und Bürokratisierung statt, die den gesteckten Zielen nicht gerade förderlich ist: Projekt- und Diplom- resp. Bachelorarbeiten wurden so zusammengestaucht, dass eine sinnvolle Zusammenarbeit mit der Industrie nicht mehr gewährleistet ist. Für sie bedeutet nämlich eine solche Kooperation auch einen Aufwand, der sich bei zu geringem zeitlichem Engagement der Studierenden nicht mehr lohnt. Letzteren geht dabei eine für die nicht rationalisierbare Bildung nötige „Spielwiese“ verloren, und die Dozierenden verlieren den wichtigen, steten Kontakt mit Problemen aus der Praxis.

Lasst uns das seinerzeit von der Zürcher Fachhochschule Winterthur gestartete und nach nur einer Runde wieder aufgegebene 4-jährige Studium erneut einführen, mit dem nach wie vor als sinnvoll erachteten Zweck, mehr Zeit für selbständiges und angewandtes Arbeiten und fachliches Diskutieren zu erhalten!

Oder müssen wir uns mit dem Gedanken abfinden, dass es trotz der Schule immer wieder kluge Köpfe schaffen, gute Ingenieure zu werden?

Niklaus Wüthrich v/o Mutz, AZ SH

34. Ausbildungskonto

Der wichtigste Rohstoff der Schweiz sind die Gehirne, Talente und Fähigkeiten ihrer Einwohner. Aus- und Weiterbildung (éducation permanente) sind für den individuellen und volkswirtschaftlichen Erfolg unabdingbar. Ein möglichst unkomplizierter Zugang zum gesamten Bildungs- und Ausbildungsangebot ist ein Gebot der Chancengleichheit. Die Kosten einer dritten Ausbildungsstufe (z.B. Ausbildung zur Meisterprüfung) sind

– im Gegensatz zur universitären Ebene – heute meist gänzlich vom betroffenen Individuum selber zu tragen. Es bestehen keine gleich langen Spieße.

Jeder Einwohner der Schweiz erhält ein individuelles Ausbildungskonto mit einer fixen Gutschrift (wie auch immer definiert). Die obligatorischen sowie frei wählbar in Anspruch genommene Ausbildungsangebote (ab Frühkindergarten) werden bis zum Alter 55 und bis zur Höhe der Gutschrift dem Konto belastet.

Finanzielle Hürden zur Ausschöpfung des Ausbildungspotentials werden abgebaut. Es wird die Chancengleichheit verbessert und den unterschiedlichen Entwicklungen der Individuen Rechnung getragen. Das duale Ausbildungssystem der Schweiz wird gestärkt.

Patrick Burgy v/o Zäpfe, AZ BS, Winterthur, SH

35. Formation – enseignement, visions et rayonnement de la Suisse

On assiste à un glissement vers une médiocrité générale : la Suisse ne rayonne plus vraiment, ni en Europe ni dans le monde, et se trouve souvent rabaissée à une place secondaire. Passées la guerre froide et la dictature communiste, elle a accumulé les erreurs en se renfermant sur elle-même. La mentalité de « premier de classe » et de « donneurs de leçon » ainsi que le « nombrilisme » n'ont plus lieu d'être. Même si le classement QS 2019 est plus favorable, l'EPFZ est 19e (Shangai 2018), l'Université de Zürich 54e, l'Université de Genève 59e et l'EPFL 81e. Le problème réside dans le fait que nos écoles rechignent à former des élites et ont tendance à niveler vers le bas au nom d'une pseudo égalité dogmatique. L'abandon du Grec et du Latin, le saccage de la langue française et la méfiance envers les Humanités en sont des signes. Il faut d'abord réformer l'enseignement avant quoi que ce soit d'autre.

Il s'agit, d'une part, d'apporter aux élèves la faculté de juger chaque chose avec impartialité, hors de tout dogmatisme, et, d'autre part, de développer l'apprentissage du français pour pallier la pauvreté d'expression propre à la Suisse Romande. De plus, il est dommage que des élèves doués ne bénéficient pas de cours complémentaires hors programme. Nous avons les compétences mais il reste à convaincre nos gouverne-

ments – aussi bien fédéraux que cantonaux – et la population qu'il est dans l'intérêt général du pays de former des personnalités au plus haut niveau. Il faut aussi mieux informer la population des échecs des édiles de tous niveaux et ne pas hésiter à les renvoyer, ou à les citer en justice en cas de mauvaise gestion.

Ceci évitera d'élire des incompetents.

Pierre-Olivier Tempia v/o Peau d'Luxe, VZ GE

36. Mehr Politik in der Schule!

Wenn die Vorlage nicht gerade polarisiert, wird ein Urnengang oftmals als weniger wichtig wahrgenommen und die Wahlbeteiligung fällt gering aus. Dies gilt besonders für die junge Bevölkerung. Eine Auswertung der Zürcher Gemeinderatswahlen im Jahr 2018 zeigt dies eindrücklich: Die Stimmbeteiligung der 75-jährigen Stadtzürcher war doppelt so hoch wie jene der 20-Jährigen. Ein Mangel an Grundverständnis für Politik bzw. politische Prozesse in der Schweiz auf kommunaler, kantonaler wie auch nationaler Ebene mag dieses Phänomen erklären. Dieses so wichtige politische Grundverständnis wird in den schweizerischen Schulen zu wenig stark vermittelt.

Das Fach Politik sollte deswegen an den schweizerischen Primar- und Sekundarschulen ähnlich gewichtet werden wie die Fächer Wirtschaft oder Recht.

Das erweiterte Verständnis für politische Prozesse erlaubt insbesondere dem jungen Stimmbürger eine differenzierte Auseinandersetzung mit dem Inhalt einer Abstimmung und wird mittelfristig zu einer höheren Stimmbeteiligung und politischen Partizipation allgemein führen.

Claudio Zihlmann v/o Analyscht, AZ ZH

37. Stärkung des Staatskundeunterrichtes

Immer mehr junge Menschen in unserem Land, insbesondere Migranten, wissen sehr wenig über die politisch-gesellschaftlichen Eigenheiten der Schweiz wie Rechtsstaat, Demokratie, Landessprachen und -kulturen, Föderalismus, Milizsystem, Toleranz oder Religionsfrieden. Dadurch wird die Integration und Partizipation junger Migranten erheblich erschwert.

In den Schulen sollte ein «Staatsbürgerlicher Unterricht» eingeführt werden, der auf die genannten Themen fokussiert ist und wesentlich

über das hinausgeht, was heute stattfindet. Der «Staatsbürgerliche Unterricht» soll sich über alle neun Klassen der obligatorischen Schulzeit erstrecken. Schulexkursionen sind mit Schwerkraft den Themen des «Staatsbürgerlichen Unterrichts» zu widmen; andere Themen sind zu minimieren.

Durch eine höhere Gewichtung des Staatskundeunterrichts würden junge Migranten besser integriert und ihr Wissen und Verständnis für die Schweiz und ihre Gesellschaft verbessert. Überdies würden junge Menschen allgemein zu einem Engagement in einer Milizfunktion ermuntert.
Reinhard Obermüller v/o Offside, AZ LU

38. Abfall-Einsammeln in der Schule

Noch immer liegt in der Schweiz viel Abfall auf Strassen und in der Natur.

Kinder sollten während ihrer Schulzeit mindestens einmal ein paar Stunden lang im Klassenverband unter Aufsicht der Lehrperson Abfall einsammeln müssen!

Danach würden sie sicher weniger Abfall wegwerfen und auch ihre Eltern und Geschwister animieren, dies nicht mehr zu tun.

Adolf Fäs v/o Chico, AZ AG

39. Einheitliche Schulkleidung auch an öffentlichen Schulen!

Schweizer Teenager («Generationen Y und Z») konkurrenzieren einander über teure Markenkleider, welche verschiedenen in diesem Alter wünschenswerten Entwicklungen offensichtlich hinderlich sind.

Die Schweiz sollte an den öffentlichen Schulen obligatorische Einheitskleidung einführen. Diese sollte kostenlos abgegeben werden, modisch sein, aber auch ein Schweizerkreuz, das jeweilige Kantonswappen sowie ein für die jeweilige Schule stehendes Symbol aufweisen.

Einheitliche Schulkleidung auch in der Schweiz hätte, wie die Erfahrungen in der angelsächsischen Welt zeigen, Vorzüge in verschiedenster Hinsicht: Auf individueller Ebene würden die Entwicklung der Persönlichkeit, die Integration in die «Peer Group», die Identifikation mit der Schule

und die Konzentration auf den Lernerfolg erleichtert; nebenbei würde der private finanzielle Spielraum erweitert. Auf der Gruppenebene würde der Team- und Korpsgeist gestärkt und ein gesunder Wettbewerb zwischen den Schulen gefördert. Und auf staatspolitischer Ebene würden die betreffenden Symbole speziell bei jungen Menschen mit Migrationshintergrund das Gefühl stärken, eine neue Heimat gefunden zu haben.

Und da die Lehrerschaft natürlich ebenfalls dieser Kleiderordnung unterworfen wäre, würde dadurch zusätzlich ihre Autorität im Klassenzimmer erhöht.

Mauro Mantovani v/o Na-Bucco, AZ AG, BE, ZH

40. Arbeitsbewilligung für ausländische Studenten

Laut Economiesuisse investiert die Schweiz jedes Jahr insgesamt rund 180 Millionen Franken in die Ausbildung von Studierenden aus Drittstaaten. 90 bis 85 Prozent der Absolventen reisen jedoch wieder aus der Schweiz aus, ohne unserer Wirtschaft zugute zu kommen. Dies vor allem da ausländischen Studierenden zurzeit nur eine Wochenarbeitszeit von 15 Stunden pro Woche gestattet ist und nach dem Studium sie sich lediglich 6 Monate in der Schweiz aufhalten dürfen.

Dies ist zum Wohl des Schweizer Arbeitsmarkts zu liberalisieren und die Begrenzung in der Wochenarbeitszeit komplett aufzuheben. Ausserdem soll die sechsmonatige Frist nach dem Studium auf mindestens 12 Monate ausgedehnt werden analog der Aufenthaltsbewilligung B.

Der Schweizer Wirtschaft fehlen im MINT-Bereich jährlich tausende Arbeitskräfte, welche in Form von ausländischen Studienabgänger vorhanden wären. Eine Liberalisierung der Arbeitsbewilligung für diese Studenten würde deshalb und in Anbetracht der durch die Ausbildung entstehenden Kosten Sinn ergeben.

Leroy Bächtold v/o PrellBall, Aktiv ZH

41. Pour une formation adaptée aux besoins

De nos jours, la capacité de certains cursus universitaires à former un nombre de personnes en accord avec les besoins des professions correspondantes est régulièrement problématique. Dans des secteurs comme le droit, la médecine ou encore la psychologie, les amphithéâtres sont submergés par les étudiants de première année.

La plupart devront se réorienter après un ou deux ans, sans considération des besoins des sec-teurs dans lesquels ils se destinaient à travailler. Cette problématique se rencontre aussi en sens inverse. Le cursus de médecine peine à répondre aux besoins de la société en termes de nombre de praticiens, et celui de droit laisse souvent ses étudiants en surnombre, qui errent jusqu'à deux années durant avant de trouver une place de stage.

Pour remédier à cette situation, un sondage des entreprises, quelle que soit leur taille, devrait être effectué par les universités, les Hautes écoles spécialisées, etc., de manière à connaître les besoins annuels dans tous les secteurs.

A l'instar de ce qui est souvent pratiqué aux EPFL et EPFZ, un conseil associant des acteurs d'un secteur donné à des responsables de faculté permettrait aux diverses filières de s'adapter en fonction des besoins annuels et des prévisions. Selon la situation, le recours au numerus clausus et à des concours d'entrée permettrait de limiter le nombre de personnes sans altérer la qualité de la formation.

Elie Graham v/o Cock-tère, Actif GE

42. Ethique de communication et protection des données

Le monde dérive face aux réseaux sociaux et à l'absence de contrôle ; les fake news en sont un exemple, mais aussi l'anonymat. Les pourfendeurs du droit et du sens citoyen, de même que les radicalisés, s'abritent derrière des pseudonymes. Ces contraires de la rencontre et du dialogue ouvert incitent au mensonge et à la haine ; face à la pérennité du contenu internet, cette pseudo liberté est un leurre dont beaucoup de jeunes ne sont pas avertis. Les GAFA (Google-Apple-Facebook...) ont acquis un pouvoir colossal alors que les mondes politiques dominants se répartissent l'internet (occidental, chinois, russe...).

Introduire l'exigence de l'identification et former les enseignants à faire respecter des règles dans la communication.

Les enfants doivent pouvoir être connectés, mais de manière encadrée : encouragés dans autre chose que « l'instantanéité » et le débordement du cadre démocratique. Face à la notion abusive

de liberté, les écoles doivent sensibiliser les élèves aux impératifs d'ordre moral et sociétal que sont le devoir, la responsabilité individuelle et le respect envers les autres ; ils sont des garants de l'éthique dans la communication. De son côté, le gouvernement suisse ne peut que s'associer aux efforts en cours dont le Règlement européen sur la protection des données (RGPD, 2018).

Gérald d'Andiran v/o Toccata, VZ GE

MILIZSYSTEM SYSTÈME DE MILICE

43. Milizpflicht für alle

Die Schweiz kennt seit ihrer Gründung 1848 den Erfolg des Milizsystems. Dieses Milizsystem ist mangels freiwilligen Engagements der Bevölkerung heute in Gefahr. Wer heute von Miliz spricht, spricht praktisch nur noch von der Armee. Sehr oft geht vergessen, dass Gemeinderäte und -kommissionen, Feuerwehren, etc. alle auch auf dem Milizsystem basieren. Um diesem Problem Abhilfe zu schaffen, sollte eine Milizpflicht für alle Schweizerinnen und Schweizer eingeführt werden!

Faktisch herrscht für Schweizer Männer heutzutage die Wehrdienstpflicht gemäss unserer Bundesverfassung. Doch die Armee ist nicht die einzige Institution, welche zwingend mehr Personal benötigt. Auch der Zivilschutz, Gemeindefeuerwehren und Gemeinderäte und -kommissionen suchen händierend nach Nachwuchs.

Eine Möglichkeit, um diesem Problem zu begegnen, wäre eine Einführung einer allgemeinen Milizdienstpflicht für Schweizerinnen und Schweizer.

Durch den grösseren Aushebungsbestand könnten die leeren Stellen wieder gefüllt werden. Die grössere Auswahl an Möglichkeiten (Feuerwehr und Gemeindepolitik anstelle von Armee oder Zivilschutz) würde eine auf die Individuen zugeschnittene Tätigkeit erlauben. Die Aufteilung auf die verschiedenen Milizpfade könnte wie folgt ablaufen: Im Kalenderjahr, in welchem das 17. Lebensjahr vollendet wird, findet eine zentrale Aushebung statt, an welcher kognitive, physische und psychische Eignungen und Neigungen abgeklärt werden. Je nach Testresultaten und Präferenzen sowie verfügbaren Plätzen (es können nicht Tausende von jungen Erwachsenen in die Gemeindepolitik) werden die zu absolvierenden

Miliztätigkeiten auf die Stellungspflichtigen verteilt. Dauer und Intensität dieser Tätigkeiten sind klar unterschiedlich, deswegen müssten diese klar gegeneinander abgeglichen werden. Wer in der Schweiz lebt und von ihrer Sicherheit, Bildungssystem und Sozialstaat in Notzeiten profitieren kann, soll dafür auch etwas leisten!
Silvan Schläppi v/o C-Bra, AZ SO

44. Das Milizsystem in Gefahr. Gegen das «schwarze Loch» nach dem Studium

Das Studium ist eine wundersame Zeit: Neben dem Pauken erlaubt das doch eher freiheitlich aufgebaute Curriculum eine geistige Entfaltung in weitere Himmelsrichtungen. So können erste Gehversuche in Unternehmen, Vereinen oder auch in der Politik erfolgen. Insbesondere die politische Gesinnung wie auch der Wille, ein Teil der schweizerischen Politik zu verkörpern, wird während des Studiums geschmiedet. Ein Engagement eines jungen, unvoreingenommen, aktiven Politikers trifft auch häufig bei der älteren, politisch aktiven Generation auf offene Ohren. Das kalte Erwachen erfolgt dann spätestens bei Antritt einer Stelle in einem Unternehmen. Liess das Studium noch Absenzen in geistiger wie auch physischer Form zu, um sich weiteren Passionen wie zum Beispiel der Politik zu widmen, so wirken insbesondere die ersten beruflichen Jahre eher als intensiver Prüfstein der weiteren beruflichen Ausrichtung und Karriere. Prioritäten müssen neu gesetzt werden und politische Ambitionen werden in den Hintergrund gerückt. Sehr viele junge politische Talente verschwinden somit nach einer ersten aktiven politischen Phase im Untergrund. Eine erfolgreiche Aktivität innerhalb eines Unternehmens, der Politik als auch der Gesellschaft als Kernprodukt des Schweizer Milizsystems scheint heute infolge steigender Komplexität und Vernetzung verunmöglich.

Die Wirtschaft sollte sensibilisiert werden, dem schweizerischen Milizsystem Sorge zu tragen. Das entgegengebrachte Vertrauen in Form von Flexibilität könnte zum Beispiel ermöglichen, dass ein Jungpolitiker auch an einem Mittwochnachmittag politische Sitzungen wahrnehmen kann.

Auf diese Weise könnten junge politische Talente den Kontakt zu ihrer politischen Partei in den ersten intensiven Berufsjahren aufrechterhalten und vernetzt bleiben. Und sie könnten sie nach einer

ersten intensiven Phase im Beruf wieder leichter auf dem politischen Parkett Fuss fassen.
Claudio Zihlmann v/o Analyscht, AZ ZH

45. Ein allgemeiner Gesellschaftsdienst

Die heutige Gesellschaft leidet vermehrt unter dem Egoismus des Einzelnen und dem Pseudo-sozialismus; es gilt die Devise „Alles für alle, aber die Rechnung interessiert mich nicht“. Schweizer wie auch (oft schlecht integrierte) Ausländer sehen nur noch ihre Rechte gegenüber dem Staat und was sie direkt von der Gesellschaft bekommen können, ohne sich aber um die Gemeinschaft im eigentlichen Sinne zu kümmern. In Anlehnung an Präsident Kennedys historisches Diktum sollte sich die Debatte weg von der Frage «Was gibt der Staat mir?» hin zur Frage bewegen, «was kann ich der Gesellschaft geben?»

Hier wäre zum Beispiel ein (kostenneutraler!) «Gesellschaftsdienst» für alle Männer und Frauen zu nennen, der z.B. als Militärdienst (nur für Schweizerinnen und Schweizer), Zivildienst oder Ähnliches zu leisten ist. Dieser «Gesellschaftsdienst» müsste von allen Bürgern sowie Ausländern mit einer längerfristigen Aufenthaltsbewilligung geleistet werden (z.B. ab 23 Monaten kumuliertem Aufenthalt in der Schweiz). Die Details der Ausarbeitung wären sicher pikant, z.B. dass sich reiche Ausländer oder Expats nicht einfach «rauskaufen» könnten, sondern eben einen „Gesellschaftsdienst“ leisten müssen.

Durch einen solchen allgemeinen Gemeinschaftsdienst könnte egoistischer Profitmaximierung auf Kosten der Gemeinschaft „sanft“ ein Riegel geschoben werden. Durch den Gesellschaftsdienst könnte jede und jeder einzelne erkennen, dass das „gute Leben“ in der Schweiz nicht von selbst kommt, sondern auf einer gemeinschaftlichen Leistung beruht, in welcher jedermann und jede Frau ihren Anteil mitträgt – die „Spreu“ würde so auf einfache Weise vom „Weizen“ getrennt! „Profiteure“ würden den Weg in die Schweiz weniger suchen und so liesse sich die Migration etwas steuern und qualitativ sicher verbessern. Der positive, „gesellschaftskittende“ Effekt, den dienstpflichtige Schweizer Männer bereits vom Militär her kennen, könnte so die ganze Bevölkerung erreichen. Zudem würde dem Gleichstellungsartikel in der Bundesverfassung endlich Genüge getan.
Oliver Kühn v/o Block-Schock, AZ FR

46. Allgemeine Dienstpflicht

Die Militärdienstpflicht in Art. 59 BV gilt nur für Männer und besteht heute nur noch de jure; de facto weichen viele Junge auf den zivilen Ersatzdienst aus oder plädieren auf Untauglichkeit.

Schweizerinnen und Schweizer müssen einen gesellschaftlichen Dienst leisten!

Denn ein allgemeiner Dienst aller Schweizerinnen und Schweizer würde die Solidarität zur Gesellschaft stärken, die Integration von Secondos fördern als auch die bestehende Geschlechterdiskriminierung bekämpfen.

Lucas Miehé v/o Cameron, Aktiv SG

47. Allgemeiner Wehr- oder Sozialdienst

Die Schweizer Armee hat zu wenig Personal, und auch in der Betreuung von Alten und Kranken sowie bei der Pflege von Naturschutzgebieten fehlt es an jungen Leuten.

Durch einen für alle (Männer und Frauen) obligatorischen Wehr- oder Sozialdienst fürs Vaterland könnten viele Personalprobleme gelöst werden.

Adolf Fäs v/o Chico, AZ AG

48. Un carnet des préférences et des valeurs civiles de notre société

Depuis 15 ans, la population suisse s'est accrue d'un million de personnes. Une plus grande diversité d'approches fait suite à la multiplication des possibilités de s'exprimer, de s'informer dans tous les domaines et de prendre part à des mouvements pro-européens ou autres.

Il est opportun de réexaminer si les valeurs et préférences de la société votante suisse se sont fondamentalement modifiées ou si, au contraire, l'attachement à nos spécificités et traditions pérennes est maintenu et confirmé.

Des analyses portant sur les résultats de sondage après votations, de même que les études existantes au niveau national, cantonal et communal doivent établir si nos plus-values sont encore reconnues et soutenues par notre société, ou si, au contraire, elles confirment un affaiblissement dans nos réflexes de cohésion et de confiance.

Un groupe de recherche devra préciser le choix, le nombre et la nature des thèmes à évaluer, ainsi que la description puis l'interprétation des résultats. Le produit final est un carnet à remettre à la

population et à notre jeunesse.

Que pouvons-nous dire, par exemple, des qualités et des plus-values de la Suisse dans la formation professionnelle, la paix du travail, la recherche de compromis, la conciliation, la répartition des cotisations entre employeurs et assurés, ou encore la confiance aux communes?

Stefan Svikovsky v/o Antipodes, VZ GE

VERKEHRSPOLITIK POLITIQUE DE TRAFIC

49. Dezentrale Leistungserbringung versus Ausbau der Verkehrsinfrastruktur

Die Verkehrsinfrastrukturen (Bahn und Strasse) in der Schweiz sind zu den Stosszeiten chronisch überlastet und eine Verbesserung der Situation ist nicht absehbar. Bund und Kantone reagieren mit einem permanenten Ausbau der Infrastrukturen, was äusserst kostenintensiv (FABI, FINÖV, NAF) ist, den Bedürfnissen aber kaum nachkommt, da neu geschaffene Kapazitäten infolge des Rebound- Effekts nie die geplante Wirksamkeit entfalten können und werden. Trotz den Milliarden, welche in den Ausbau der Infrastrukturen gesteckt werden, verharrt die durchschnittliche Auslastung der öffentlichen Verkehrsträger bei tiefen 30-35% und die Kostendeckung bei knapp 50%.

Andererseits ist die Schweiz ein hochindustrialisierter Dienstleistungsstandort. Knapp drei Viertel der Erwerbstätigen arbeiten im tertiären Sektor. Im Gegensatz zum primären und sekundären Wirtschaftssektor besteht im Dienstleistungssektor aber ein grosses Potential, Leistungen mit Hilfe moderner Informatikhilfsmittel dezentral zu erbringen.

Die Möglichkeiten der dezentralen Leistungserbringung werden jedoch generell zu wenig genutzt und von Bund und Kantonen zu wenig gefördert. Dabei bedeutet «dezentral», dass die zu leistende Arbeit je nach Anforderung direkt in der Zentrale, näher am Wohnort (z.B. in Filialen oder Co-Working-Spaces) oder direkt am Wohnort (z.B. im Home Office) erbracht werden kann. Eine intelligente Kombination und Wahl der möglichen Arbeitsorte entkräftet das vielfach vorgebrachte Argument des «fehlenden Austausches» mit anderen Mitarbeitern.

Bund und Kantone fördern die dezentrale Leis-

tungserbringung mit den notwendigen gesetzlichen Grundlagen mit Anreizsystemen, wie steuerlichen Entlastungen oder Finanzierungshilfen. Möglichen Einschränkungen der Vertragsfreiheit ist i.S. einer Güterabwägung das öffentliche Interesse des Umwelt- und Klimaschutzes gegenüber zu stellen.

Eine dezentrale Leistungserbringung bringt erhebliche Vorteile in vielerlei Hinsicht: Durch die Vermeidung unnötiger Fahrten und Staus würde die Umwelt und das Klima geschützt; die öffentliche Hand hätte tiefere (verschleissbedingte) Kosten für die Verkehrsinfrastruktur; die Arbeitgeber hätten (bedingt durch weniger Raumbedarf) tiefere Infrastrukturkosten; die auf Mobilität angewiesenen Branchen wären produktiver (wegen geringerer Stau- und Fahrzeiten); das Arbeitsplatzangebot wäre quantitativ skalierbar (Co-Working-Space, Home-Office), aber auch qualitativ, über Unternehmensgrenzen hinweg; der nicht-urbane Raum würde durch Arbeitsplätze wirtschaftlich aufgewertet; die Wohnraumsituation in den Zentren würde entspannt; die ArbeitnehmerInnen würden von flexibleren Arbeitszeiten und einer besseren Work-Life-Balance profitieren, auch zugunsten von Familie und Beruf.

Marcel Braungardt v/o Drum, AZ AG

50. Tempo 50 für Elektrofahrzeuge!

Die revidierte Lärmschutzverordnung sieht vor, dass Anwohner vor übermässigem Strassenlärm geschützt werden müssen. Auf dem Land und in der Agglomeration verwandeln deshalb die Behörden Strassen zunehmend in Tempo-30-Zonen. In Basel sind es schon fast 60% des Strassennetzes, in Zürich gibt es schon 320 Kilometer Tempo-30-Zonen.

Auch sogenannte verkehrsorientierte Strassen, die Hauptachsen für den motorisierten Verkehr darstellen, sind laut Bundesgericht von Tempo 30 nicht grundsätzlich ausgeschlossen, wenn dadurch Lärm vermindert werden kann. Dies lähmt den Strassenverkehr, behindert das Gewerbe und führt zu mehr klimaschädlichen Stautunden.

Die Elektrofahrzeuge, welche keine Lärmemissionen verursachen, könnte man von den Tempo-30-Einschränkungen ausnehmen.

Da Elektrofahrzeuge keine Lärmemissionen verursachen, gibt es keinen Grund, diese Fahrzeuge auf Tempo 30 zu beschränken. Eine Öffnung auf 50 km/h in den Tempo-30-Zonen würde einen Anreiz für Elektrofahrzeuge darstellen und wäre eine liberale Massnahme für den Klimaschutz.

Leroy Bächtold v/o PrellBall, Aktiv ZH

51. Senioren-GA gegen Führerausweis

Mit zunehmendem Alter nimmt die Fähigkeit, Fahrzeuge zu führen, ab.

Es sollte Menschen ab einem bestimmten Alter (bspw. 75) ein stark vergünstigtes oder kostenloses Senioren-GA angeboten werden im Gegenzug zur Abgabe des Führerausweises.

Dadurch, dass das Senioren-GA es erlaubt, trotz fehlenden Führerscheins zu reisen, wäre es ein Anreiz, den Führerschein nach einem definierten Alter den Führerschein abzugeben, ohne dadurch allzu stark in der Mobilität eingeschränkt zu werden.

Patric Naville v/o Passe-par-toutes, Aktiv SG

UMWELT UND ENERGIEPOLITIK

POLITIQUE ENVIRONNEMENTALE ET DE L'ÉNERGIE

52. Klimaschutz mit Emissionsrechten

Die Klimaerwärmung ist ein unbestrittenes Problem der heutigen Zeit. In der jetzigen Diskussion gibt es grosse Qualitätsunterschiede zwischen den Lösungsansätzen. Einige der Lösungsansätze in der diskutierten Form stellen eine Gefahr für die Schweizer Wirtschaft dar und sind reine Symbolpolitik, so auch die CO₂-Abgaben. CO₂-Lenkungsabgaben werden einigermassen willkürlich von der Politik festgelegt und potenziell oft angepasst, um die CO₂-Ziele zu erreichen. Der Markt wird völlig aussen vorgelassen. Dies ist wohl besonders dem Umstand geschuldet, dass man die effektiven Kosten einer CO₂-Verschmutzung nicht beziffern kann.

Die Eindämmung des CO₂-Ausstosses würde sich stattdessen auch über Emissionsrechte lösen lassen, welche marktwirtschaftlichen Prinzipien entsprechen. Entsprechend ihrem CO₂-Ausstoss müssen die Unternehmen solche Zertifikate erwerben, welche zu einem gewissen Ausstoss an CO₂ berechtigen.

Emissionsrechte orientieren sich an einer festen Stellgrösse, nämlich der Reduktion gemäss Pariser Klimaziele. Dies ergibt eine gewisse Anzahl Emissionszertifikate, die zum Ausstoss einer gewissen Menge CO₂ berechtigen. Nun kann man diese Zertifikate einem Markt überlassen, welcher die Preise selbst regelt. CO₂-Ziele werden so auf jeden Fall erfüllt, da die Zertifikate beschränkt sind. Marktübliche Prinzipien werden angewendet und eine Nachjustierung der Kosten wie bei einer Lenkungsabgabe wird nicht benötigt.
Leroy Bächtold v/o PrellBall, Aktiv ZH

53. Environnement : pour une optimisation des prises de décisions

Climat, CO₂ et économies d'énergie sont à la mode : journalistes, politiciens et scientifiques écrivent à ce sujet et en parlent. Ces derniers cherchent parfois plus à impressionner, qu'à renseigner et former les premiers – qui n'en demandent d'ailleurs pas tant. Or des vérités partielles peuvent induire en erreur par omission, ne serait-ce qu'en faisant passer pour principal ce qui n'est que marginal, ou vice-versa. Dans les considérations relatives au faible dégagement de CO₂ lié à l'énergie électrique, on part de l'idée que l'électricité est produite en totalité ou en très grande partie par les usines hydroélectriques et thermiques non polluantes (Le Temps, 26.2.2019). Ceci est peut-être vrai localement mais peut repousser le problème ailleurs et avec d'autres sources : pensons à l'implantation de centrales nucléaires dans les pays où la formation d'un personnel compétent est aléatoire et où le risque d'un armement nucléaire n'est pas négligeable.

Il est nécessaire de considérer les énergies primaires et pas seulement les énergies finales, et d'être particulièrement attentifs à économiser les réserves d'énergies fossiles.

Créer des groupes de travail où l'échange de connaissances en termes de physique, géographie, topographie, géologie, démographie, économie, etc., permette in fine d'établir de justes propositions et des choix pertinents.

André Hentsch v/o Endive-à-Rolle, VZ GE, VD

54. Incitation de l'approvisionnement de proximité et de la production « bio »

La planète est malade de surexploitation de ses

ressources. La nécessité de corriger le cap commence à pénétrer les consciences des habitants des pays industrialisés. Toutefois le temps court plus vite que la mise en place des processus internationaux aux effets limités par l'accroissement de la population des pays en voie de développement.

Adopter en priorité l'approvisionnement de proximité et favoriser la production « bio ».

A l'exception d'emballages spécifiques requis par des mesures légales de santé publique, bannir l'utilisation par la grande distribution de tout emballage en matériau artificiel, industriel, dégradé/recyclable ou non, en favorisant le débit en vrac ou dans des conteneurs en matériaux naturels (fibres végétales, osier, bois, etc.) réutilisables par le consommateur, ou tout au moins récupérables. Pour les liquides, les récipients en verre consignés seront exigés. Les efforts d'assainissement de la distribution des biens de grande consommation ne peuvent commencer qu'au niveau le plus bas, c'est-à-dire celui du consommateur final. Un renforcement des lois doit accélérer le mouvement que ne permet pas l'utilisation du seul canal de l'enseignement.

Etienne Olivet v/o Taupe, VZ GE

55. Tiefgreifende und radikale Änderungen in der Umweltschutz-Politik

Schweizerinnen und Schweizer erkennen im Klimawandel eine grosse Gefahr, frönen jedoch weiterhin einer verschwenderischen Lebensweise. Man ist sich einig in der Verurteilung von Fleisch, Massentierhaltung, Autos, Flügen, Avocados oder Palmöl, niemand ist jedoch bereit, sich privat einzuschränken. Nicht einmal die (selbst ernannten) Vorreiter der Klimabewegung, wie etwa die Veganer oder neuerdings die «klimabewusste» Jugend sind diesbezüglich konsequent. Wir alle betreiben oberflächliche Schönfärberei («Green-Washing») und warten darauf, dass die Wissenschaft Wunderlösungen wie geschmacksechtes Fleisch aus dem Labor oder Mobilität ohne CO₂-Ausstoss anbietet. Bis es so weit ist, dürfte der Klimawandel jedoch dramatische Dimensionen angenommen haben.

Die Schweiz sollte umweltbelastende Produktion und Dienstleistungen wie etwa Flugreisen höher besteuern, um auf diese Weise einen radikalen

Richtungswechsel beim persönlichen Konsum und der wirtschaftlichen Produktion zu erreichen.

Die Schweiz würde so ihre Klimabilanz drastisch verbessern. Dadurch und durch die individuelle Bereitschaft zur Selbsteinschränkung würden wir zu einem weltweiten Vorbild im Umweltschutz. Christian Engi v/o Unicum, Aktiv ZH

56. Développement durable et énergie renouvelable

L'Agenda 2030 pour le développement durable devait représenter un changement de paradigme; or il est un ensemble d'objectifs s'influençant mutuellement, dont la mise en œuvre ne touche que des domaines isolés. Un frein existe aussi dans l'octroi des permis pour l'installation de panneaux solaires et de pompes à chaleur : malgré les courriers en vue d'accélérer les procédures, une grande perte de temps finit par décourager le citoyen. Certes, l'énergie nucléaire ne dégage pas de CO2 et l'on ne pourra s'en séparer d'un coup ; mais l'élimination des déchets demeure un problème.

Il est nécessaire de simplifier les procédures en matière d'énergie renouvelable.

Un soutien actif à l'énergie renouvelable, même si son pourcentage d'apport est encore limité, est un objectif clair. Il commence par la simplification des procédures – « If we run, others will follow ». De nos jours, les panneaux solaires, régulièrement optimisés (2019), se recyclent aisément (silice) ; leur combinaison à la géothermie permet des économies que les privés sont de plus en plus nombreux à apprécier. Notre gouvernement doit être ouvert à ces orientations utiles et encourager en ce sens nos grandes Ecoles (EPFL, EPFZ). Gérald d'Andiran v/o Toccata, VZ GE

57. Pour une coopération continentale en matière de transition énergétique

La Suisse a adopté la Stratégie énergétique 2050 devant lui permettre de conserver son haut niveau d'approvisionnement énergétique tout en réduisant la pollution de l'environnement due à sa production et à sa consommation énergétique. Il n'existe toujours pas de plan opérationnel clair qui permette de mettre en œuvre de manière concrète la volonté du citoyen suisse. Ce manque

met en péril notre avenir tant la question énergétique concerne notre vie quotidienne mais aussi notre économie, nos industries, notre indépendance et bien entendu notre planète. Comment garantir une transition énergétique qui respecte notre engagement sans exporter notre empreinte écologique? Les efforts qui ont déjà été initiés au niveau national doivent être maintenus.

Cependant, sur la plan international, la Suisse pourrait, en collaboration avec les pays de l'Union Européenne, initier une nouvelle dynamique en créant un « centre d'étude de stratégies d'approvisionnement énergétique européen » avec pour objectifs principaux de cerner la capacité de création énergétique du continent et d'étudier les opportunités de projets communs tout en canalisant les intérêts des Etats et des acteurs privés.

Cette idée a vocation à engendrer des projets d'avenir et qui pourront favoriser la pacification des relations entre les pays du continent à l'heure où les tensions diplomatiques montent. Elle a également pour ambition de donner un cadre plus précis que celui de la conférence des parties aux nouvelles générations scientifiques qui se lèvent dans lequel elles pourront s'engager pour la planète ainsi que toute la biosphère qui la peuple. Emmanuel-Henri Mayama, actif VD

58. Aufbau einer Zertifizierungsstelle für den Handel mit Umwelt-Zertifikaten

Das Pariser Klimaabkommen vom 12. Dezember 2015 regelt auf globaler Ebene die Verpflichtung der Vertragsstaaten zur Reduktion der weltweiten Treibhausgasemissionen und damit des globalen Temperaturanstiegs. Sämtliche Staaten sind zur Zeit Vertragspartei des Abkommens, so auch die Schweiz. Für die Erreichung der Reduktionsziele werden gemäss Abkommen sowohl im Inland wie auch (unter gewissen Voraussetzungen) im Ausland erzielte Einsparungen berücksichtigt. Für die Schweiz als Vertragsstaat stellt sich somit die Frage, ob und wie sie im In- oder Ausland einen möglichst effizienten Beitrag zur Reduktion der Treibhausgasemissionen leisten kann und wie ein solcher ausgestaltet werden könnte. Da der Anteil der Schweiz an den globalen Treibhausgas-Emissionen 2015 nur 0.14% betrug, liegt auf der Hand, dass das Reduktionspotential im Ausland ungleich grösser ist als im Inland. Klar ist auch, dass die Effizienz von Investitionen in den Klimaschutz im

Ausland potenziell höher ist als in der Schweiz, d.h. pro investiertem Franken mehr CO₂ eingespart werden kann. Ein zentrales Mittel für die Emissionsreduktion im internationalen Umfeld sind Klimazertifikate und deren Handel. Bei vielen dieser Instrumente wird aber in Frage gestellt, ob die zertifizierten Einsparungen real sind, d.h. eine effektive Reduktion des CO₂-Ausstosses im entsprechenden Umfang widerspiegeln. Dieses mangelnde Vertrauen führt dazu, dass der Klimaschutz und die Reduktion des CO₂-Ausstosses behindert werden.

Die Schweiz sollte eine Organisation aufbauen und finanzieren, welche im globalen Umfeld als Zertifizierungsstelle für den internationalen Zertifikate-Handel fungiert, indem sie einen Beitrag zu dessen Funktionsfähigkeit und Zuverlässigkeit (z.B. durch das Etablieren eines Qualitätslabels o.ä.) leistet.

Benedikt Maurenbrecher v/o Mañana, AZ ZH

59. Engagement für Kulturland-Vogelarten

Der Bestand der Feldlerche, dieses von Dichtern besungenen und in weiten Teilen der Bevölkerung beliebten Frühlingsboten, hat in der ganzen Schweiz seit 1990 um 50 bis 77% abgenommen. Aus manchen Gegenden ist sie ganz verschwunden.

Die Hauptursache für die massive Abnahme des Bodenbrüters sind die Intensivierung der Landwirtschaft (zu häufiges Mähen der Wiesen, zu massiver Einsatz von Dünger und Pestiziden) und die Zersiedelung.

Wollen wir die Feldlerche und mit ihr gegen 30 weitere Kulturlandvogelarten nicht ganz verlieren, so müssen die verbliebenen offenen Kulturlandschaften vor weiterer Überbauung und Fragmentierung geschützt werden. Gleichzeitig sollte in weiten Teilen des Landwirtschaftsgebietes die Bewirtschaftungsintensität deutlich verringert werden (Mähen der Wiese erst nach dem Ausfliegen der Jungen, im Ackerland Anlegen von Rotations- und Buntbrachen, Reduktion des Dünger- und Pesticideinsatzes). Für entgangene Erträge und/oder vermehrten Arbeitsaufwand soll der Landwirt entschädigt werden.

Adolf Fäs v/o Chico, AZ AG

60. Düngung mit Stickstoffverbindungen

Selbst in Naturschutzgebieten nimmt der Bestand an Orchideen und anderen seltenen Blütenpflanzen ab. Einer der Hauptgründe ist die Düngung mit Stickstoffverbindungen aus der Luft, die das Graswachstum fördern und Blütenpflanzen somit indirekt verdrängen. Der Stickstoff stammt aus der Landwirtschaft und aus dem Verkehr. Zu viele Tiere produzieren zu viel Gülle und zu viele Autos zu viele Abgase, je mit reichlich Stickstoff beladen.

Viele Tiere brauchen viel Nahrung, für dessen Produktion das hofeigene Land häufig nicht ausreicht. Deshalb müssen Futtermittel, insbesondere auch Soja, importiert werden. Die Sojaproduktion verdrängt manchenorts Urwälder.

Deshalb ist zu fordern, dass Landwirtschaftsbetriebe nur noch so viele Tiere halten dürfen, wie sie selbst ernähren können. Autos und Treibstoff müssten stärker besteuert werden!

Adolf Fäs v/o Chico, AZ AG

61. Kampf den Neophyten und Neozoen!

Die Biodiversität in der Schweiz nimmt ständig ab. Verschiedene Tier- und Pflanzenarten sind bereits ausgestorben (z.B. Raub- und Rotkopfwürger, Brachvogel, Fischadler etc.). Der häufigste Grund für die Verarmung ist der Verlust des Lebensraumes. An zweiter Stelle steht die Verdrängung durch invasive, fremdländische Arten (Neophyten und Neozoen). Von den mindestens 400 Pflanzenarten, die seit 1492 in die Schweiz eingeführt worden sind, wachsen 20 – 40 Arten invasiv.

Diese invasiven Neophyten und Neozoen sollten von Bund und Kantonen über Gemeinde- und Kantonsgrenzen hinweg koordiniert mechanisch, chemisch oder biologisch rigoros bekämpft werden. Ihr Kauf und Verkauf müssten generell verboten werden.

Das Bundesamt für Umwelt schätzt die durch die invasiven Arten verursachten Schäden in der Schweiz schon heute auf 170 Millionen Franken pro Jahr, und diese werden ohne rigorose Bekämpfung in den folgenden Jahren massiv zunehmen.

Adolf Fäs v/o Chico, AZ AG

62. Mehr Stimmkraft für die Jungen!

Die demografische Entwicklung der Schweizer Bevölkerung zeigt eine zunehmende Überalterung. In wenigen Jahren sind die Stimmberechtigten zwischen 18 bis 50 Jahren in der Minderheit gegenüber den Stimmberechtigten im Alter von 50 Jahren und älter. Dies führt dazu, dass bei Volksabstimmungen das Stimmgewicht der älteren Generationen vermehrt über den Ausgang von Abstimmungen entscheidet. Die Auswirkungen von politischen Entscheiden, deren Konsequenzen oftmals erst Jahre nach den Abstimmungen Wirkung zeigen, betrifft unzweifelhaft die Jungen stärker als die Älteren. Darüber hinaus werden von den Älteren Weichen gestellt, welche die Lebensumstände der Jungen während ihres ganzen zukünftigen Lebens von mehreren Jahrzehnten beeinflusst, währenddessen die Älteren, falls sie überhaupt von den Konsequenzen betroffen sind, diese nur noch während einer relativ kurzen Zeit tragen müssen.

Dieses Dilemma wird gelöst indem den Jungen ein höheres Stimmengewicht bei Volksabstimmungen zugeteilt wird. Die Stimmen von 18-jährigen sind doppelt zu zählen. Diejenigen der Altersgruppe 19 bis 49 mit linear abnehmender Gewichtung von doppelter Gewichtung bis zu einfacher Gewichtung. Stimmberechtigte im Alter von 50 Jahren und mehr haben eine einfache Stimmgewichtung.

Der frühe Einbezug der Jungen in den politischen Prozess wird allgemein befürwortet und als wichtig empfunden. Die Realität zeigt jedoch, dass die Jungen in der Politik, d.h. in Parlamenten und Exekutiven, völlig untervertreten sind. Der Vorwurf, die Jungen würden sich politisch zu wenig engagieren, greift zu kurz. Eine politische Karriere setzt einen jahrelangen politischen Einsatz voraus oder umgekehrt formuliert finden sich sehr wenige sehr Junge, also 18- bis 30-Jährige, in politischen Ämtern, weil der Aufbau ihrer Bekanntheit in kurzer Zeit nicht möglich ist. Nur eine Quotenregelung könnte dieses Problem lösen. Dazu kommt, dass die Jungen im Alter zwischen 20 und 40 Jahren in der Ausbildung sind, ihre Karrieren aufbauen und gleichzeitig Familien gründen. Die mannigfaltigen und steigenden Belastungen in diesen Jahren schliessen ein zusätzliches En-

gagement im politischen Bereich praktisch aus. Dass die Jungen in den Sozialversicherungen gleichzeitig noch die steigende Finanzierungslast zu Gunsten der älteren Generationen tragen, soll nur am Rande vermerkt werden.

Weil eine bessere politische Vertretung der Jungen in Legislativen und Exekutiven systembedingt nicht möglich ist, ist die gewichtete Stimmkraft eine sinnvolle Kompensation des herrschenden politischen Ungleichgewichts.

Niels Fischer v/o Kaviar, AZ AG, LU

63. Modifier l'élection des Conseillers aux États

Les conseillers aux États ont pour fonction de représenter leur canton. Ils sont en nombre égaux: deux par canton, un par demi-canton. Ils sont les relais des intérêts de leur canton à Berne. Depuis plusieurs années cependant, ils ont abandonné ce rôle et se sont noyés dans le jeu parlementaire. Leur élection est, dans leurs cantons, devenu un enjeu électoral comme un autre et fait se déchirer les partis. Dès lors, la représentation de leur canton d'origine est écartée par les Conseillers aux États, au profit de la mise en avant des intérêts de leur parti. La conséquence en est que les Cantons sont contraints de multiplier les canaux de communications avec Berne pour atténuer cette perte de contact: « Maison des Cantons », Conférences intercantionales des directeurs de départements, etc.

Faisons de la Chambre haute de l'Assemblée fédérale une vraie ambassade de nos cantons. Deux modifications constitutionnelles sont requises pour cela: assouplir les règles électorales que les cantons peuvent fixer pour l'élection des membres du Conseil des États (art. 150 al. 3 Cst. féd.) et autoriser, par exemple, la nomination par le Conseil d'Etat, ou l'élection par le Grand Conseil; d'autre part, le vote sur instruction devrait être autorisé (art. 161 al. 1 Cst. féd.). Les instructions émaneraient bien entendu du Canton d'origine et pourraient prendre la forme de directives générales.

Les États composant la Confédération seraient alors vraiment représentés à Berne. Ils ne seraient plus à la merci des aléas parlementaires et électoraux.

Félicien Monnier, VZ VD

64. Gegen die Gesetzesflut

Es wird zu viel vorgeschrieben, verboten und reglementiert. Gesunder Menschenverstand wird zurückgedrängt, hat kaum mehr Raum, um sich zu entwickeln. Freundschaftlicher, spontaner Umgang mit den Mitmenschen erstickt in Paragraphen.

Die Rechtsgültigkeit von Gesetzen und Verordnungen sollte beschränkt werden. Alle Gesetze und Verordnungen sollten automatisch ihre Rechtskraft dreissig Jahre nach Inkraftsetzung verlieren (oder ausdrücklich erneuert) werden. Ab dann gilt wieder freies Miteinander, gesunder Menschenverstand und herkömmliche Übung. Bussen sind nicht mehr nötig und zulässig.

Was dreissig Jahre Vorschrift war, ist entweder Gewohnheit geworden oder unbrauchbar. Also kann man die entsprechende Vorschrift aufheben. So entsteht Freiheit ohne Paragraphen und Innovationen sowie neue Erfindungen werden nicht mehr von Formalismus, Vorschriften und Amtsstellen behindert.

Alexander Wili v/o Papst, AZ LU, FR, BL

65. Stopp dem Regulierungswahn!

In der Schweiz werden jedes Jahr 2'000 bis 2'500 neue Normen erlassen. Die Regulierungsdichte nimmt in Folge massiv zu.

Gesetze und Verordnungen sollten mit einer befristeten Laufzeit von 10 Jahren versehen werden. Nach Ablauf müssen sie vom Parlament bestätigt oder erneuert werden, ansonsten sie aufgehoben werden. Veraltete, nicht mehr benötigte Normen werden zeitnah und systematisch sowie weniger rein interessengetrieben aus dem Gesetz aussortiert und bei fraglichen Normen eine Neubeurteilung vorgenommen.

Durch den zeitlichen Aufwand werden weniger neue Normen erlassen.

Bierfamilie Schlössli, c/o Flavio Tschopp v/o Zlvara, Aktiv und AZ SG

66. Einführung einer Gesetzesbremse auf Verfassungsebene gegen überbordende Reglementierungs-Manie wider den gesunden Menschenverstand

Es ist unbestritten und allgegenwärtig, dass die schweizerische Gesetzgebung eine Dichte er-

reicht hat, die kaum mehr zu überbieten ist. Zwar funktioniert das Regelwerk noch erstaunlich gut, die Wege der Entscheidungsfindung werden aber immer länger und die Widersprüche sind nicht mehr zu übersehen. Juristen mag das freuen, denn die Arbeit wird ihnen nicht ausgehen. Für den einzelnen Bürger beim Gang durch die Institutionen ein unüberschaubarer Weg durch ein Labyrinth mit ungewissem Ausgang. Schutzlos ist er Willkür und Beamten-Eigensinn ausgesetzt. Ein Grund dafür ist, dass einmal eingeführte Gesetze in Stein gemeisselt sind und es ist sehr unwahrscheinlich ist, dass sie ohne triftigen Grund überprüft, vereinfacht oder ganz gestrichen werden.

Es sollte in einer noch zu definierenden Form auf Bundesebene zu Ausführungsbestimmungen eine Gesetzesbremse eingeführt werden. Zwingend müsste die Einführung neuer Gesetze die Streichung anderer im gleichen Themenbereich zur Folge haben.

Dies würde zwar weitere Diskussionen provozieren. Der Prozess könnte aber den Horizont etwas erweitern und die Gefahr mindern, die Sicht auf das Ganze zu verlieren. Da ist vor allem die Exekutive gefordert, die in der Vergangenheit an der Urne beschlossene Gesetzesänderungen durch nicht nachvollziehbare Ausführungsbestimmungen dermassen verzerrt hat, dass der ursprüngliche Volkswille kaum noch zu erkennen ist. Dem breiten Misstrauen in der Bevölkerung in unsere Institutionen und der daraus resultierenden Politabstinentz könnte so entgegengewirkt werden.
Thomas Bühlmann v/o Toko, AZ BE

67. Gemeindepräsidenten vom freien Arbeitsmarkt

Die Gemeinden der heutigen Schweiz sind in ihrer Komplexität bei stets steigenden rechtlichen, finanziellen und gesellschaftlichen Anforderungen mit einem KMU vergleichbar. Ein KMU wird von einem Verantwortungsträger mit Leistungsausweis und Führungserfahrung geführt. Da diese Erfahrung im politischen Umfeld kaum mehr anzutreffen ist, werden immer wieder Kandidaten zu Gemeinde- und Stadtpräsidenten gewählt, die ihren Aufgaben nicht gewachsen sind.

Das Amt des Gemeindepräsidenten sollte nicht mehr Politikern, sondern nur noch Führungs-

persönlichkeiten offenstehen, die auf dem freien Arbeitsmarkt gefunden werden! Der Systemwechsel sollte schrittweise erfolgen, zunächst in einigen Referenzgemeinden. Auf der Basis eines klaren Anforderungsprofils würde eine Findungskommission, die sich je hälftig aus Politikern und Vertretern von Wirtschaft und Interessenvertretern der Gemeinde zusammensetzt, Kandidaten prüfen und mit ihnen flexible Verträge vereinbaren, etwa mit befristeter Anstellung oder Zuständigkeit für zwei (kleinere) Gemeinden.

Gemeindepräsidenten, die mit privatwirtschaftlicher Führungserfahrung ausgestattet sind, würden die Qualität der kommunalen Politik erhöhen. Die demokratischen Mitwirkungsrechte der Bürgerinnen und Bürger blieben dabei unangetastet. Urs Huber v/o Sprüngli, AZ ZH

68. Schuldenbremse auch auf Kantons- und Gemeindeebene

Auch in der Schweiz ist die Verschuldung der staatlichen Organe gross. Dies führt dazu, dass immer mehr Steuergeld für die Schuldzinsen eingesetzt werden müssen. Auf Bundesebene ist seit dem Jahr 2003 die Schuldenbremse in Kraft. Diese hat sich bewährt. Auf Ebene der Kantone und der Gemeinden besteht hingegen noch keine derartige Fiskalregel.

Durch eine Verfassungsänderung sollen auch die Kantone und Gemeinden verpflichtet werden, Einnahmen und Ausgaben über den Konjunkturzyklus hinweg im Gleichgewicht zu halten.

Mit einer generellen Schuldenbremse als Grundregel soll die weitere Verschuldung im Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der staatlichen Organe verhindert und ein nomineller Schuldenabbau ermöglicht werden. Die Budgethoheit der Legislative bleibt im Rahmen der von der Regel vorgegebenen Ausgabenplafonds gewährleistet. In ausserordentlichen Situationen – beispielsweise schweren Rezessionen oder Naturkatastrophen – kann der Ausgabenplafond der Ausgabenregel mit einem qualifizierten Mehr der Legislative erhöht werden.

Peter Stadler v/o Perry, AZ BL

69. Zwangsrotation in Bundesämtern

Die Direktoren der Bundesämter sind oft zu lange im Amt. Wechsel finden selten vor der Pension

statt.

Die Dauer der Aufgabe als Direktor eines Bundesamtes sollte auf maximal acht Jahre beschränkt werden!

Frischer Wind und weniger Starrheit/Königreiche in unseren Bundesämtern, welche somit unser politisches System besser widerspiegeln. Bierfamilie Schlössli, c/o Flavio Tschopp v/o Zlvi- vara, Aktiv und AZ SG

70. Fond da defaisa impè da budget / (Wehrfonds statt Budget)

Il system da budget per la defaisa nu permetta a l'armada actualmaing ningün spragnar a vista mesauna, causa chi vain adüna darcheu defini danouvamaing sco permischium dad expensas maximalas. Ultra da quai sun tras quai, pro expensas plü grandas, adüna darcheu persunas in dovair da decider o votar sur da themas chi pretendessan cugnuschentas spezialas. Il nouv sistem cun budgets da quatter ons, ha mitigà per part il problem ma na resolvà.

La soluziun füss ün fond da defaisa chi metta a dispositiun mezs finanziaals a l'armada e na ün budget.

Usche tschüffa l'armada la pussibilità da spagnar per plü gronds progets d'urants plüs ons da l'agna munaida. In plü daja tras quai üna stiulatiun d'agir in general plü economic. La controlla politica resta garantida parce cha'l pajamaint aint il fond po gnir decis sco las decisions da budget.

Übersetzung

Das Budgetsystem für die Verteidigung lässt aktuell kein mittelfristiges Sparen zu, da es immer wieder neu definiert wird als Bewilligung, einen Maximalbetrag auszugeben. Zudem müssen dadurch bei grösseren Anschaffungen zum Teil Personen Entscheidungen treffen, die ein grosses Hintergrundwissen erfordern. Das neue System mit dem vierjährigen Rahmenbudget hat die Problematik nun etwas entschärft, aber nicht gelöst.

Die Armee sollte ein Wehrbudget haben, das ihr jährlich Geld zur Verfügung stellt.

Damit würde die Armee die Möglichkeit erhalten, für grössere Projekte über mehrere Jahre zu spa-

ren und allgemein einen Anreiz, wirtschaftlicher zu agieren. Die politische Kontrolle bliebe dabei immer noch gewährleistet, da die Einzahlung in den Fonds analog zu den Budgetentscheiden gefällt werden könnte.

Daniel Pünchera v/o Phaia, Aktiv ZH

MEDIEN VS. PRIVATRECHTE MÉDIA VS. DROITS INDIVIDUELS

71. Les médias, un « 4^e » pouvoir maîtrisé ou un pouvoir qui dérape ?

Le « 4^e » pouvoir donne souvent l'impression de ne plus maîtriser les faits et/ou leurs analyses. Plusieurs affaires concernant des politiciens ont été couvertes par les médias de façon abondante. Indépendamment de la gravité des erreurs ainsi relatées, certaines publications ont fait l'objet d'un acharnement excessif. Il ne s'agissait plus de journalisme, mais d'une usurpation inacceptable des pouvoirs de la justice sous le couvert d'un prétendu journalisme d'investigation. Les médias sont facilement critiqués des fautes des autres mais extrêmement réticents à admettre les leurs. Cette attitude ne favorise pas le maintien d'une démocratie saine et solide.

Conditionner la liberté de la presse aux règles fondamentales de la démocratie plutôt qu'à des ambitions commerciales.

Le pouvoir de la presse et des autres médias s'est fortement développé au XX^e siècle. Si la garantie de leur liberté d'expression est un fondement de la démocratie, ces médias doivent aussi s'imposer un esprit autocritique constant et éviter les excès. Ils doivent ainsi assumer leurs responsabilités en respectant les limites de la démocratie, notamment les règles et les principes de la protection de la personnalité, de l'honneur et des libertés individuelles, de même que les chances et possibilités d'un pardon. La virulence médiatique est contre-productive. Elle érode la démocratie, polarise ses destinataires et nourrit les excès. Ces dérapages croissants risquent de susciter des courants tendant vers un développement de règles qui voudront limiter la liberté de la presse. Il faut à tout prix l'éviter tant qu'il en est encore temps.

Robert Briner v/o Cacao, VZ GE

72. Enseignement de la numérisation et protection des données

Le monde va vers une numérisation de plus en plus poussée ; la Confédération fait des efforts (stratégie « Suisse numérique », 5.9.2018) pour que le pays ne manque pas le train. Les impératifs de la vie courante connectée feront que l'accent sera surtout mis sur la logique conduisant à l'unification de l'approche des problèmes pratiques. Les techniques de codage et d'algorithmes finiront par provoquer « l'assèchement » du raisonnement. Cette évolution justifie une formation complémentaire, dès les premières classes.

Introduire et renforcer une éthique et une philosophie critique, adaptées au niveau de scolarité, portant aussi sur l'usage et la protection des données personnelles et privées.

Un tel enseignement s'impose pour maintenir un contrepois intellectuel permettant le recul nécessaire, sous peine d'assister à la perte progressive de l'esprit critique dans une majorité de la population. Renforcée tout au long de la scolarisation obligatoire, cette prise de conscience servira aussi à préserver la valeur des données personnelles et privées.

Etienne Olivet v/o Taupe, VZ GE

73. Protection de la personnalité numérique

Depuis la nuit des temps, l'homme développe des outils lui permettant de mieux vivre. Dans son interaction avec ses semblables, il a passé de l'art rupestre à la conquête de son propre environnement. A l'échange d'informations au sein d'un monde réel fait suite le développement du numérique, d'ordre virtuel. De nombreuses données sont ainsi mises en ligne, de l'identité bancaire au dossier médical, en passant par les préférences (mode, voyages, culture, liens sociaux). Chacun de nous est représenté par un double numérique, un avatar, amené à vivre sa propre existence sur Internet ; demain, il sera en interaction avec l'intelligence artificielle, un ensemble de théories, de techniques et de machines capable de simuler l'intelligence humaine.

Il devient fondamental de protéger cet avatar personnel contre toute atteinte, de quelque nature qu'elle soit.

La défense de la personnalité numérique de l'être

humain relève d'une responsabilité collective. Il est impératif que soit reconnu au niveau de la Constitution, voire d'une convention internationale, un droit fondamental à la protection de la personnalité juridique du double numérique (avatar) de tout être humain. La Société de Zofingue, dans une vision de modernité, peut contribuer à son développement et à son renforcement.
Roland-Daniel Schneebeli v/o Bis-sex-t'il?, VZ GE

74. Lanceurs d'alerte et fuites : sauvegarde du droit et de la démocratie, ou contournement de la justice, de la morale et de l'éthique ?

De plus en plus « d'affaires » sont dévoilées dans les médias et autres vecteurs de communication, suite à des dénonciations et/ou des fuites transmises par des soi-disant « lanceurs d'alerte ». Si ces affaires sont déjà sur la place publique, les dénonciations et/ou fuites ont généralement pour résultat de les enfler encore plus qu'auparavant. Ces procédés sont souvent injustifiés, car ils poursuivent des buts qui ne sont pas louables et honnêtes. Parfois, ils peuvent même être totalement tendancieux, trompeurs et manipulateurs.

Sous l'angle juridique, éthique et moral, encadrer et limiter les dénonciations et/ou fuites tendancieuses afin que l'on ne puisse donner suite qu'à celles qui méritent d'être prises en considération.

La législation actuelle doit être améliorée afin d'équilibrer deux intérêts qui s'opposent. D'une part, il y a l'intérêt public à être informé complètement et exactement des faits qui méritent d'être rendus publics. D'autre part, il y a l'intérêt privé à ne pas être l'objet ou la victime d'informations infondées et tendancieuses, sinon même fausses, trompeuses et manipulatrices.

Robert Briner v/o Cacao, VZ GE

75. L'information sulle aziende trasmessa ai cittadini è carente

L'informazione al pubblico sulle aziende è carente: informazioni parziali, a volte erronee, distorte da approcci ideologici e riduttive del ruolo fondamentale delle aziende nell'economia e nella socialità del paese; i media presentano solo gli errori con finalità scandalistica o falsi valori aggiunti finanziati da mezzi pubblici; solo la componente « lavoro » sembra avere l'attenzione di tutti, ma « sganciata » dall'imprenditorialità.

E' necessario migliorare le conoscenze del pubblico sul modo di operare delle aziende, sul loro doppio ruolo di produttore di beni e servizi da una parte, di creatore di valore aggiunto dall'altro, sopportandone i rischi.

Questa informazione è abbastanza semplice e visto che non è insegnata nel sistema scolastico obbligatorio, potrebbe essere assunta da emissioni televisive dedicate e, soprattutto, tramite l'uso di strumenti digitali (apps) largamente diffusi tra i giovani, anche sottoforma di giochi.

Porre in grado il cittadino di capire come funziona realmente un'impresa e i rischi di fronte a un mercato competitivo e dal quale deve ottenere, vendendo la produzione, i mezzi per finanziare il costo del lavoro, del capitale investito, dei fornitori e dei mezzi sociali richiesti dallo Stato; capire significa poter partecipare con maggior cognizione di causa alla vita sociale dello Stato.

Mirko Guglielmetti, VZ TI

WIRTSCHAFTSPOLITIK POLITIQUE ÉCONOMIQUE

76. Rilanciare lo spirito d'imprenditorialità privata in Svizzera

Il ruolo fondamentale dell'impresa nella vita economica e sociale dello Stato è scarsamente conosciuto dai cittadini, poco e male informati, con prevalenza sui loro insuccessi; l'attenzione dei politici e dei media è oggi focalizzata sulla componente "lavoro" lasciando in ombra l'altra faccia della medaglia che si chiama "produzione". Questo clima di sfiducia verso gli imprenditori può portare a una progressiva drammatica "de-industrializzazione".

Creare una miglior comprensione nel grande pubblico del ruolo fondamentale dell'impresa e dell'imprenditore, "mattoni" di base dell'economia e del sociale di uno Stato; senza produzione e relativa vendita di beni e servizi, non vi è creazione di ricchezza nè per chi vuol lavorare nè per lo Stato sociale.

Vi sono oggi mezzi informatici a larga diffusione, anche sotto forma di giochi, che possono spiegare cosa è, cosa fa un'impresa, come può durare nel tempo e gestire i rischi; come l'imprenditore genera i mezzi per finanziare il valore aggiunto tramite la vendita dei suoi prodotti in mercati competitivi. Valore aggiunto che comprende la

remuneration del lavoro (70-80%), dei capitali investiti e degli organi statali e sociali.

Far conoscere ai cittadini e soprattutto ai giovani, l'importanza del ruolo dell'impresa e dell'imprenditore, del suo assoluto valore sociale e motore unico della creazione di ricchezza nazionale; ridare fiducia agli imprenditori.

Mirko Guglielmetti, VZ TI

77. Difficile passage d'une idée novatrice à une Start-up ou une Spin-off

Les start-up et spin-off sont de petites sociétés qui partent avec des idées novatrices pour des services ou des produits, avec un grand engagement mais souvent peu de moyens. Alors que les start-up sont autonomes, les spin-off sont épaulées par des entreprises établies ou des centres universitaires comme l'EPFL. Si lors de la création une telle société il faut résoudre d'un côté les questions délicates d'infrastructure, de capital, de personnel etc. etc., d'un autre côté il faut aussi faire face à la difficile exigence : comment passer de l'idée novatrice ou du brevet à un produit pouvant trouver sa place sur le marché.

En raison d'un grand avenir potentiel des start-up et spin-off, la Confédération, les Cantons et des organisations privées soutiennent maintenant mieux ces sociétés. Ainsi sont nées dans plusieurs régions de notre pays, des incubateurs d'entreprises, des accélérateurs de start-up, ou d'autres structures comme les Technoparcs, proposant une aide dans les domaines comme : la protection des idées (marque, brevet), l'étude du marché, le financement, le personnel etc. Néanmoins pour pouvoir soutenir encore mieux à l'avenir ces jeunes sociétés, l'aide apportée devrait sûrement encore être renforcée et mieux coordonnée. Cependant un secteur dans lequel il reste sans doute encore beaucoup à faire, est l'accompagnement dès le départ des idées novatrices (screening) et de veiller à ce que de bonnes et utiles idées en soient pas perdues.

L'importance de ces jeunes sociétés se voit aussi au fait, que des sociétés multinationales comme Google, Microsoft et Apple ont commencées comme simples start-up, parfois dans des garages, et que la Logitec suisse au départ était une petite spin-off de l'EPFL. On peut aussi se rendre compte comme des sociétés si fragiles au début,

participent quoiqu'il en soit à l'évolution rapide des technologies en Suisse et dans le monde et contribuent à maintenir la santé et le dynamisme de l'économie de leur pays.

Bernard Liebisch v/o Notre Dame, VZ TI

78. Contributi privati di beneficenza: rilanciare la motivazione

I cittadini svizzeri sono costantemente sollecitati per dare contributi volontari ad associazioni/enti costituiti con scopi filantropici in campo sanitario, economico e/o sociale; questi enti danno informazioni sulla loro attività (a volte filmati) ma in modo discontinuo, ognuno per sé e sono poco trasparenti. Questi enti, oltre a crescere costantemente di numero, hanno metodi di "raccolta" che si fanno sempre più aggressivi e che, per finire, irritano e demotivano molti donatori portandoli a divenire sospettosi e a ridurre, se non a sospendere, le loro donazioni.

Il contribuente potrebbe essere positivamente motivato se, al momento della richiesta di sostegno, egli potesse verificare, in modo semplice e rapido tramite una scheda standard, pubblicata su Internet, come sono stati impiegati i mezzi raccolti durante l'anno precedente e se questi sono stati usati secondo gli scopi statuari.

Questa scheda di informazione standard, accessibile tramite Internet, potrebbe essere tenuta aggiornata dall'ente beneficiario tramite lo stesso studio/società che già si occupa della loro contabilità/finanza o di quello che si occupa della loro promozione.

Il modello della paginetta standard da pubblicare su Internet, potrebbe essere proposto dagli organi di categoria (come la FOSIT nel Canton Ticino per esempio).

Con queste semplici informazioni, date al momento giusto e in forma semplificata, i donatori potranno decidere con più convinzione e motivazione di continuare lo sforzo di sostegno intrapreso. Gli enti che si adegueranno volontariamente a questo sistema otterranno certamente un "plus marketing" notevole presso i donatori.

Mirko Guglielmetti, VZ TI

79. WLAN gratuit sün territori public / (Kostenloses WLAN im öffentlichen Raum)

Bliers abitanti sun in svizra mincha di dependents d'ün access d'internet dador lur chasas e pajan

per quai ün relativ ot predsch. Implü sun eir ils turists, chi portan a la svizra üna gronda part da las entradas, suvent dependents da l'internet.

Ün Wifi chid es disponibel publicamaing sül inter territori da citads e cumüns vain incunter a quista circumstanza.

L'attracitività da la svizra per turists, e tras quai eir il turissem sves, gnissan rinforzats. Da l'otra vart as svilupess l'access d'internet in ün'offerta publica, quai chi füss ur'e temp. Daplü sco 90 pertschient da la populatiun svizra es hozindi online, perquai füss quai ün svilup logic, scha'l stadi, ils chantuns e cumüns mettessan a disposiziun l'internet sco servezzan public.

Übersetzung

Viele Bewohnerinnen und Bewohner sind täglich, ausserhalb ihres Daheims auf Internet angewiesen und zahlen dafür einen vergleichsweise hohen Preis. Zudem sind die Touristen, denen die Schweiz grosse Einnahmen verdankt, ebenfalls oft auf Internetzugang angewiesen.

Öffentlich zugängliches, kostenloses Wifi, das flächendeckend in den Städten und Gemeinden angeboten wird, käme diesem Bedürfnis entgegen.

Die Schweiz würde dadurch ihre touristische Attraktivität steigern. Ausserdem würde sich durch diesen Schritt der Internetzugang zu einem zeitgemässen Angebot für die Bevölkerung entwickeln. Mehr als 90 Prozent der Schweizer Bevölkerung sind bereits täglich online, weshalb der Schritt, den Internetzugang zu einem öffentlichen Gut zu machen, eine logische Entwicklung wäre. Daniel Pünchera v/o Phaia, Aktiv ZH

STEUERWESEN UND GELDPOLITIK SYSTÈME FISCAL ET POLITIQUE MONÉTAIRE

80. Fiscalité de la famille: pour introduire le quotient familial sur le plan fédéral

La fiscalité des couples mariés et de la famille est inéquitable par rapport à celle appliquée aux concubins. Cela a été reconnu par un arrêt du Tribunal fédéral vieux de près de 50 ans maintenant. Or aucune solution satisfaisante n'a été trouvée à ce jour.

Pour corriger cette iniquité de manière simple,

sans surcroît de travail administratif, il convient d'appliquer à l'impôt fédéral direct le système vaudois du quotient familial.

En appliquant le système du quotient familial, au demeurant mis en œuvre depuis près de 50 ans dans le canton de Vaud, on corrige au niveau du taux d'impôt la fiscalité des couples mariés et de la famille. Le système est le seul à prendre en considération la présence d'enfants dans la cellule familiale. Il évite la multiplication des déductions fiscales et, en agissant au niveau du taux d'imposition, freine la trop forte progressivité de l'impôt fédéral direct.

Jean-Hugues Busslinger v/o Iznogoud, VZ VD

81. Atouts inexplorés dans la politique monétaire

Depuis dix ans, le franc s'est envolé. La Banque Nationale Suisse, forcée d'affaiblir notre monnaie pour la maintenir dans une fourchette supportable pour l'industrie d'exportation et l'économie, a émis ex nihilo pour plus de 700 milliards de francs depuis 2008 en échange de devises, obligations et actions étrangères. Paradoxalement, nous subventionnons les déficits de nos voisins et investissons dans des entreprises concurrentes aux nôtres. En outre, ces recours à la planche à billets conduisent de plus en plus le franc à être le reflet du portefeuille d'actifs de la BNS, sujet à la volatilité des marchés, plutôt que de la vigueur de l'activité économique suisse.

L'idée est d'offrir un outil supplémentaire à la BNS dans son action de régulation du franc, sans ces contraintes et bénéfique à tous. Il s'agit d'autoriser la BNS à acquérir de la dette de la Confédération au moyen des francs qu'elle émet, et à renoncer au remboursement de cette dette à son échéance. En d'autres termes, la BNS doit pouvoir volontairement réaliser une perte qui affaiblit la valeur du franc (effet recherché), sans péjorer les principaux utilisateurs de francs, les habitants de Suisse.

En effet, la perte de chacun sur le pouvoir d'achat de ses francs est alors compensée par la baisse de la dette gouvernementale que chaque contribuable supporte. S'y ajoutent deux avantages: 1) la réduction de sa dette donne à la Confédération plus de marge de manœuvre pour ses investissements; 2) la BNS évite de « gonfler » davantage

son portefeuille d'actifs exposés aux vents houleux des marchés.

Alexandre Dürr v/o Mouh-Terrand, Actif GE

MIGRATIONSPOLITIK POLITIQUE DE MIGRATION

82. Steuerung der Migration durch klare «Spielregeln» für alle sowie Qualifikationskontingente

Die Migration in die Schweiz verläuft unkoordiniert und nicht nur zum Wohle des Landes bzw. der hiesigen Bevölkerung. Während Fachkräfte fehlen, werden immer noch viele „Sozialmigranten“ von der Schweiz wie ein Magnet angezogen. Diese Migration lässt sich anstatt mit Verboten und abzulehnender Fremdenfeindlichkeit auch mit intelligenten Regeln liberal steuern!

Limitierte Kontingente für die Einwanderung bzw. ein Punktesystem wie in Australien könnten dazu beitragen, gezielt Fachkräfte anzulocken anstatt nur «Billigarbeitskräfte» für gering qualifizierte Stellen. Dies würde auch für EU-Bürgerinnen und -Bürger gelten (im Rahmen der gültigen Verträge mit der EU), gekoppelt aber an strenge «Spielregeln»: Jede einwandernde Person verpflichtet sich, ökonomisch selbständig zu sein, d.h. auf jegliche Sozialleistungen und dergleichen Unterstützungen zu verzichten, keine Gesetzesverstösse zu begehen, eine Staatsbürgerschaft eines anderen Staates zu haben, ein Depot bei der Einreise zu hinterlegen oder nicht in der Prostitution zu arbeiten.

Damit akzeptiert die Person auch, bei Nichteinhalten dieser Spielregeln sofort (und inkl. seinem Familiennachzug) in ihr Herkunftsland zurückzuziehen, wobei ihr das Depot ausbezahlt würde. Auf diese Weise würde die Migration nicht starr eingeschränkt sondern intelligent gesteuert: Die 10-Millionen-Schweiz darf nicht unser Ziel sein, sondern eine Mischung im Rahmen der aktuellen Bevölkerungszahl. Die Schweiz könnte sich so liberal und intelligent weiterentwickeln, ohne gleich von „Ausländern“ überrannt zu werden. Unser Land hat eine lange und erfolgreiche Geschichte sehr erfolgreicher Migranten, die ihre neue Heimat äusserst positiv beeinflussten und sich als „neue Schweizer“ assimilierten. Zudem würde das nun „gebremste“ Bevölkerungswachstum auch positiv auf unsere Umwelt auswirken.

Oliver Kühn v/o Block-Schock, AZ FR

83. Konversationsförderung für Migrantinnen

Migrantinnen haben es schwerer, sich in der Schweiz zu sozialisieren, weil sie oftmals keine Gelegenheit haben, mit Schweizerinnen in Kontakt zu kommen.

Die Gemeinden sollten Frauen- und Müttervereine, aber auch geeignete Einzelpersonen darin unterstützen, mit Migrantinnen und ihren Kindern im Vorschulalter Gespräche in einer unserer Landessprachen zu führen. Als Themen für solche Gespräche in ungezwungenem Rahmen würden sich Gepflogenheiten der Schweizer Gesellschaft, Schul- und Freizeitaktivitäten oder Erziehungsfragen anbieten. Es würde somit das Erlernen und Verstehen der Umgangssprache und des sozialen Umfeldes in der neuen Heimat der Migrantinnen im Zentrum stehen.

Gut integrierte Mütter tragen zum Wohlbefinden der Kinder in der Schule und Gesellschaft bei. Sie können darin auch ihre Kinder fördern und unterstützen.

Niels Fischer v/o Kaviar, AZ AG, LU

BEZIEHUNGEN ZUM AUSLAND POLITIQUE ÉTRANGÈRE

84. La Suisse avec l'Europe

Depuis cinq ans, le Gouvernement Suisse négocie avec l'Union Européenne (UE) un Accord-Cadre qui facilitera la gestion des accords bilatéraux et consolidera l'accès de la Suisse au Marché intérieur de l'UE. Sa version finale de décembre 2018 a été reçue par un Conseil Fédéral peu uni et indécis avec un « oui, mais » ce qui a été mal perçu par Bruxelles. Au lieu d'exprimer clairement son avis, le Conseil Fédéral a privilégié une consultation à large échelle. Cette approche a engendré en Suisse des débats sans fin et a créé un climat de confusion et d'insécurité. Les entrepreneurs et les chercheurs en redoutent les répercussions dont les premiers signes se font déjà sentir. Si Bruxelles avait l'impression que le Conseil Fédéral joue avec le temps, fin juin 2019 l'UE ne pourrait éventuellement plus prolonger la reconnaissance de l'équivalence boursière.

Il est dans l'intérêt de la Suisse de créer et de maintenir des liens solides avec ses partenaires européens. Il est primordial que le Conseil Fédéral fasse preuve de leadership dans la défense de

valeurs qui sont aussi celles de la Suisse face à la montée des grandes puissances (Etats Unis, Chine et Russie) qui cherchent à nous diviser pour nous affaiblir. En raison d'un probable plébiscite dont l'Accord-Cadre pourrait faire l'objet, le Conseil Fédéral doit rechercher l'appui des Associations de l'Économie, convaincre proactivement les citoyens de l'importance et des atouts de cet accord avec le plus important partenaire commercial de la Suisse, et ne pas rester comme en décembre 1992 dans une position peu stimulante et ambiguë.

Notre pays ne peut plus espérer que l'UE soit disposée à faire d'autres concessions. Au contraire, l'UE attend de la Suisse une réaction rapide avec davantage de flexibilité et de propension au compromis dans la résolution des points en suspens, comme la protection des salaires, la libre circulation des personnes et les aides de l'Etat.

C. M. Friedrich Meyer v/o Fritz, VZ GE

85. Paix et solidarité

Depuis la nuit des temps, l'homme parcourt sa planète dans tous les sens, par nécessité ou curiosité. Les révolutions néolithique et industrielle, puis l'Histoire en général, focalisent les esprits sur la notion de frontières, d'invasion et d'émigration, voire de menaces. Pourtant, malgré la grande muraille, les Han ont payé tribut aux Barbares du nord pour préserver leurs frontières, tout comme les empereurs de Byzance face aux Huns et à leurs suiveurs. Nous non plus n'échappons pas à cette vision restrictive, qui destine aux pays du Sud, pratiquement, les seuls pour mille de nos PIB, hors d'une réflexion plurielle et humaniste.

Préservez la paix par une solidarité plus affirmée : remplacer notre traditionnel tribut d'aide au développement par un concept « gagnant – gagnant » mieux pensé ! Repenser nos relations Nord-Sud avec les pays du Conseil de l'Europe – pas seulement l'UE – autrement que sur la peur et la menace. Les efforts du DDC (Direction et Développement de la Coopération) contribuent à une réduction de la pauvreté dans 21 pays et régions du monde (Afrique, Moyen-Orient, Asie, Amérique latine...). Il faut les compléter par un soutien à l'éducation et à la formation afin d'améliorer les compétences. De nouveaux projets de développement durable, particulièrement avec les pays subsahariens exposés à de lourdes né-

cessités, permettraient une meilleure gestion de l'eau et des ressources alimentaires. Forger des outils économiques, techniques et sociaux pour substituer à l'idée de profit celle d'un investissement pour la survie de l'humanité. Parallèlement au « service citoyen » en cours d'élaboration, Zofingue peut proposer une nouvelle forme de coopération technique.

Jean A. Mirimanoff v/o Myrza, VZ GE

86. Politique extérieure et neutralité

On imagine mal la Suisse sans la neutralité, l'une des marques de notre identité. Et pourtant... neutre vis-à-vis de qui et de quoi ? Savoir si la neutralité nous a été à l'origine imposée par les puissances européennes ou voulue par nos ancêtres a suscité bien des débats. Notre politique de neutralité a atteint son apogée lors du conflit 14-18. Ce ne fut plus le cas en 39-45, les tribus suisses, tant alémaniques que latines, penchant toutes du côté des alliés, seuls des groupuscules affichant leur sympathie pour Hitler ou Mussolini. Ensuite, la Suisse a souvent été choisie, en partie en raison de sa politique non engagée, pour représenter les intérêts entre des Etats ayant rompu leurs relations diplomatiques. Or, durant la guerre froide, le bloc soviétique n'a jamais considéré que la Suisse était véritablement neutre et l'a rangée dans le camp occidental, la regardant comme un Etat capitaliste typique. Même le CICR en fit l'expérience avec la quasi impossibilité d'agir, côté Nord, lors des guerres en Corée et au Vietnam.

Et si la Suisse abandonnait sa neutralité?

La nécessité de rester neutres valait surtout quand les Etats nous entourant étaient antagonistes; aujourd'hui, ils sont dans les mêmes alliances et partagent grosso modo les mêmes objectifs, qui semblent être aussi les nôtres. Sommes-nous et voulons-nous vraiment demeurer neutres vis-à-vis des organisations qualifiées de terroristes ? Notre neutralité n'est-elle pas souvent le prétexte d'une frileuse abstention, lors de votes aux Nations Unies notamment? Il est peut-être temps d'étudier si la neutralité est encore nécessaire pour la défense des valeurs auxquelles nous croyons (démocratie, droits humains, liberté individuelle, etc.) sur le plan international et, à l'interne, pour la cohésion nationale.

Jean-Louis Cayla v/o Sacha, VZ GE

87. Œuvrer à la restauration d'un Kurdistan

Les bouleversements induits par la Première Guerre mondiale après l'effondrement de l'empire ottoman ont entraîné, conjointement à la création de l'Etat d'Israël, une série de conflits meurtriers au Moyen-Orient. Cela a aussi laissé pour compte, et sans patrie, une population d'environ 47 millions d'habitants, pourtant bien définie par sa langue et sa culture : le peuple kurde. Le traité conduisant à ce drame a été conclu à Lausanne le 24 juillet 1923.

Aboutir à la création du Kurdistan en demandant à la Confédération de prendre l'initiative pour amener la Communauté Internationale et les pays impliqués tels la Turquie, l'Iran, la Syrie et l'Irak à conclure un nouveau traité.

La situation géopolitique actuelle se prête particulièrement bien pour redistribuer les cartes et stabiliser cette région du monde dans un grand traité de paix. La présence d'un Kurdistan aurait un effet stabilisateur et mettrait aussi un frein à l'extension de l'islamisme radical.

Georges Ryser, VZ GE

MISCELLANEA ET HUMORISTICA

88. Besteuerung von Katzen, analog zu den Hunden!

In der Schweiz wurden 2018 eine halbe Million (506'000) Hunde gehalten. Die Hundehalter werden administrativ, ausbildungsmässig und finanziell – zu Recht – in die Pflicht genommen (Anmeldung bei Einwohnerkontrolle, obligatorische kostenpflichtige Kurse, Leinenpflicht, Robidog, Bussen bei Widerhandlungen). Die Hundehalter entrichten pro Hund, je nach Hund und Gemeinde, eine Steuer von zwischen CHF 50 und 180. Beim Halten mehrerer Hunde steigt die Abgabe pro Hund in vielen Gemeinden progressiv. Demgegenüber zahlen die Eigentümer der 1.634 Millionen (!) Katzen keine Abgabe.

Katzenhalter sollten eine jährliche Abgabe in ähnlicher Höhe wie für Hunde entrichten! Für Zweitkatzen ist die doppelte Abgabe, für Drittkatzen und jede weitere Katze die vierfache Abgabe zu entrichten. Die Abgabe ist erstmals für das Kalenderjahr nach dem Geburtsjahr geschuldet.

Die Diskriminierung der Hunde und Hundehalter

würde dadurch entschärft. Der Ertrag kann z.B. zur Finanzierung der Grünabfuhr eingesetzt werden, womit die von der «Versäuberung» fremder Katzen in ihren Gärten betroffenen Grundeigentümer eine indirekte Entschädigung für den Ärger und den Reinigungsaufwand erhielten.
Patrick Burgy v/o Zäpfe, AZ BS, Winterthur, SH

89. Ökologische Energie und Kunst zugleich: Einzigartiges Design für Windkraftanlagen

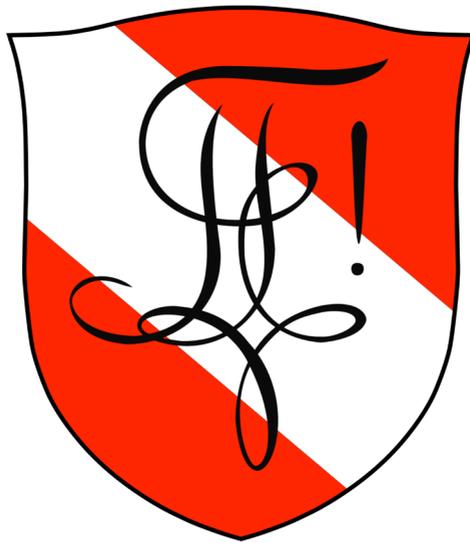
Die Frage, wie der Klimawandel gestoppt werden soll, wird immer dringlicher und ist mit den zahlreichen Klimademonstrationen aktueller denn je. Ein Teil des Klimawandels ist bedingt durch die Steigerung des Stromverbrauchs in den letzten Jahren. Fossile Brennstoffe, welche zur Stromproduktion verwendet werden, emittieren viel CO₂, welches den Treibhauseffekt vorantreibt. In der Schweiz wird der Strom hauptsächlich durch Wasserkraft oder Atomspaltungen gewonnen; der Anteil von Photovoltaik, Wind, Kleinwasserkraft und Biomasse beträgt etwa nur 6%, wovon nur weniger als 0.2 % auf die Windkraft entfallen. Die Schweiz hat somit einen grossen Rückstand gegenüber ihren Nachbarländern Deutschland (17.5%) oder Österreich (10%). Eine starke Opposition gegen den Bau weiterer Windkraftanlagen der Schweiz bildet der Landschaftsschutz. Mit einer Höhe von bis zu 180 m sind die Windkraftanlagen aus weiter Distanz zu sehen und könnten so Ortsbilder stören.

Um dem Widerstand des Landschaftsschutzes gegen Windkraftanlagen zu begegnen, sollten die Windkraftanlagen (oder einen gesamten Park) von renommierten Künstlern designet werden.

So könnten die Anlagen in Kunstwerke verwandelt werden, welche die Landschaft verschönern anstatt sie zu entstellen. Wichtig beim Design wäre der Schutz und die Erhaltung des Ökosystems: So fehlen heute vielen Tierarten geeignete Nistplätze und Mikrohabitate, die sich in den Windkraftanlagen bieten könnten, etwa in Form geeigneter Unterschlüpfen für gefährdete Fledermausarten. Ausserdem könnten diese «ökologischen Kunstwerke» einen Mehrwert für ihre Standorte bieten, indem sie eine kulturelle und touristische Attraktion darstellen.

Um die Anlagen zu finanzieren, wären Sponsoren aufzutreiben, die das Projekt unterstützen. Wenn sich z.B. der Zofingerverein bereit erklären würde,

das Design einer Windkraftanlage zu spenden,
könnte eine rot-weiss-rote Windkraftanlage mit
Zirkel bald die Fortschrittlichkeit und Innovation
der Zofingia symbolisieren.
Simon Hostettler v/o Lislis, Aktiv BE



200

JAHRE / ANS

SCHWEIZERISCHER ZOFINGERVEREIN
SOCIÉTÉ SUISSE DE ZOFINGUE

1819 – 2019

